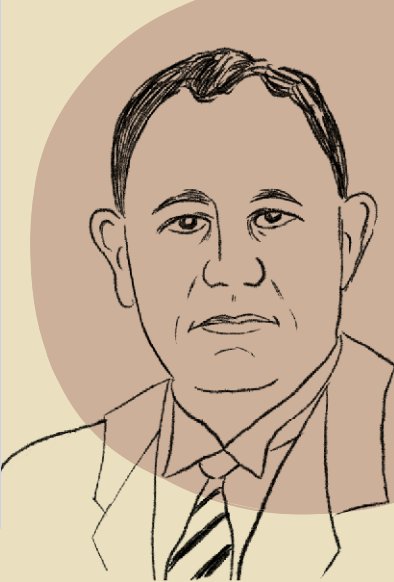




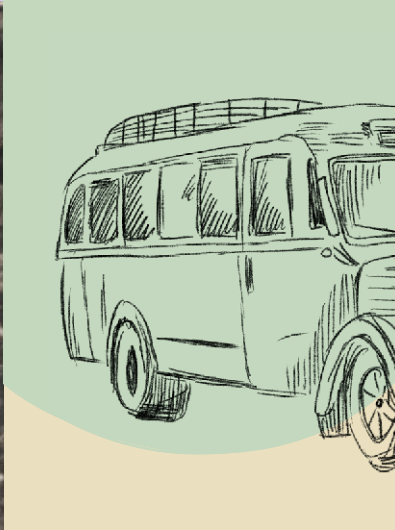
Gedenkinitiative
für die Opfer und
Leidtragenden des
Nationalsozialismus
in Nürtingen und
Umgebung



Erinnern
heißt
verändern



Die Leben von
NS-Verfolgten
in Nürtingen



Impressum:

Gedenkinitiative für die Opfer und Leidtragenden
des Nationalsozialismus in Nürtingen und Umgebung
Plochinger Straße 14/6, 72622 Nürtingen
www.gedenken-nt.de

Nürtingen September 2024

Gestaltung: www.diesuperpixel.de

Druck: Colorpress Nürtingen, Auflage 1000

Bildrechte:

Stadtarchiv Nürtingen: Titelseite, S. 63

Bildarchiv der Gedenkstätte Grafeneck: S. 25

Archiv DZOK Ulm, A 452: S. 39

Freiwillige Feuerwehr Nürtingen: S. 7, Rückseite

Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti
und Roma, Heidelberg, Johanna Nägele: Titelseite

c/o Trägerverein Freies Kinderhaus: S. 68

Private (Jürgen Haußmann, Arnulf Klein, Anke Renner,
Manuel Werner, Wolfgang Wetzel u.a.): Titelseite, S. 2,
67, 68, Rückseite

Gedenkinitiative
für die Opfer und
Leidtragenden des
Nationalsozialismus
in Nürtingen und
Umgebung

Erinnern heißt verändern

Die Leben von
NS-Verfolgten
in Nürtingen

Autorinnen
und Autoren:

Barbara Dürr
Raya Fraenkel
Jakob Fuchs
Günter Kaßberger
Irene Kaßberger
Stefan Kneser
Annette Planck
Iris Raupp
Anne Schaudé
Larissa Vinçon
Manuel Werner

05

Vorwort

06

**Verfolgt aus
rassistischen
Gründen**

Anton Reinhardt
Rosalie Wallerstein
Anton Köhler
Josef Herrmann
Heinrich Wolff
Heinrich Herrmann
Anna Frank
Johann Reinhardt
...

24

**Verfolgt wegen
psychischer
Erkrankung
und geistiger
Behinderung**

Heinrich N.
Eberhard F.
Elsa S.
Ernestine S.
Karl Balz
Mathilde S.
...

38

**Verfolgt aus
politischen
Gründen**

Hermann Höss
Karl Gerber
Werner Gross
Irmgard Maier
Eugen Maier
Ernst Planck
Paula Planck
Sofie Blind
Gretel Knauß
Ludwig Knauß
Otto Schober
...

62

Anatoli Grischtschuk
Genowefa Beck
...

**Misshandelt
durch Zwangs-
arbeit**



Vorwort

Die Opfer der Nazi-Diktatur in Nürtingen und Umgebung sollen nicht in Vergessenheit geraten – das ist das Ziel unserer Arbeit als „Gedenkinitiative Nürtingen“. Wir wollen damit dazu beitragen, das Bewusstsein wach zu halten, dass Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat auch heute gefährdet sind und verteidigt werden müssen.

Es gibt uns als Gruppe seit etwa zwölf Jahren. Auf unseren Vorschlag wurde mit Zustimmung und Unterstützung von Gemeinderat und Stadtverwaltung ein „DENK ORT“ auf dem zentralen Nürtinger Schillerplatz errichtet. Dort werden im Wechsel von etwa acht Wochen Kurz-Biografien von Opfern des NS-Regimes in Nürtingen und Umgebung vorgestellt.

Wer sich näher über die Menschen informieren möchte, die von den NS-Tätern gedemütigt, verfolgt und ermordet wurden, kann unsere Webseite „gedenken-nt.de“ besuchen.

Die Holzfigur „Wächter der Erinnerung: Anton Köhler“, 2015 vom britischen Bildhauer Robert Koenig in Nürtingen gefertigt, wandert seitdem durch verschiedene Schulen und öffentliche Einrichtungen unserer Stadt. Wir begleiten dieses Kunstwerk auf Anforderung mit Bildungs- und Diskussionsveranstaltungen in den Schulen.

Mit der vorliegenden Broschüre wollen wir unsere Arbeit ergänzen und erweitern.

Wir sind Mitglied in der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen und werden von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und von der Stadt Nürtingen gefördert.

Anton Reinhardt
Rosalie Wallerstein
Anton Köhler
Josef Herrmann
Heinrich Wolff
Heinrich Herrmann
Anna Frank
Johann Reinhardt

...

Verfolgt aus rassistischen Gründen



Juden, Roma und Sinti wurden in der NS-Zeit verfolgt und vom Baby bis zum Greis ermordet. Christen wie Wilhelm Weißburger oder Heinrich Wolff und dessen Töchter galten den Nationalsozialisten als „Juden“ beziehungsweise „Halbjüdinnen“ und wurden als solche verfolgt. In letzter Zeit nahmen antisemitische Taten wieder zu. Gegenüber Roma und Sinti sind immer noch massivste Vorurteile, Diskriminierungen, Verleumdungen, Zuschreibungen und Ausgrenzungen weit verbreitet und tief verankert. Rassismus gegen Roma und Sinti ist zudem kaum reflektiert. Er wird auch als Antiziganismus beziehungsweise Gadsche-Rassismus bezeichnet, wobei „Gadsche“ (= Sammelbezeichnung für Nicht-Roma, Nicht-Sinti; auch Gadje, Gadže oder Gadjé geschrieben) die Mehrheitsbevölkerung bezeichnet, von der dieser Rassismus ausgeht. Der Völkermord an den Roma und Sinti in der NS-Zeit ist ebenfalls noch kaum im Bewusstsein der

Mehrheitsbevölkerung, noch weniger der Status deutscher Sinti und Roma als anerkannte nationale Minderheit. Die Holzskulptur des im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau ermordeten Sinto-Jungen Anton Köhler ist in Nürtingen auch daher „Wächter der Erinnerung“ an alle NS-Opfer aus allen Opfergruppen.

Abbildung oben:
Brunnsteige, 1936/38

Der deutsche Sinto war als Zwangsarbeiter in Nürtingen

Anton Reinhardt, Jahrgang 1917, lebte in der zweiten Hälfte der 30er-Jahre im Raum Kleinaspach „vom Musikmachen“. Mit seinem Vater Heinrich und seinem Onkel Karl spielte er in Gaststätten sonntags zum Tanz auf. Meistens wurden sie hierbei verköstigt, es gab Getränke, Essen und etwas Geld.

Hetze und Verfolgungsmaßnahmen

1937 stand in der Esslinger Zeitung: „Es gibt eine Zigeunerfrage in Deutschland, und es ist an der Zeit, dass diese Frage gelöst wird ... Bei den Zigeunern handelt es sich um einen biologischen Fremdkörper, auf dessen zerstörerischen Einfluß unser Blut und rassemäßig harmonisch gestalteter Volkskörper zwangsläufig mit Entartung antworten müsse ...“ Im Jahr darauf war in der Zeitschrift des Deutschen Ärztebundes zu lesen: „Ratten, Wanzen und Flöhe sind auch Naturerscheinungen, ebenso wie Juden und Zigeuner ... Alles Leben ist Kampf. Wir müssen deshalb alle diese Schädlinge biologisch allmählich ausmerzen ...“ So war es denn bald mit den Auftritten vorbei. Von Nationalsozialisten und so genannten „Rassenhygienikern“ wurde Anton Reinhardt als „Zigeunermischling“ eingestuft. Mit sich stetig steigender Intensität wurde er Opfer der Verfolgungsmaßnahmen.

Im „Lager Linder“ in Nürtingen

Zunächst wurde Anton Reinhardt in Stuttgart-Münster zur Sklavenarbeit für die deutsche Rüstungswirtschaft gezwungen, und zwar für die Firma Rössler & Weissenberger. Dort musste sich Anton Reinhardt alle vierzehn Tage

bei Kriminalsekretär Adolf Scheufele melden. Adolf Scheufele war der Leiter der „Dienststelle für Zigeunerfragen“ bei der Kriminalpolizeileitstelle Stuttgart in der Büchsenstraße 37, die wie die Stuttgarter Gestapo bei Juden Kontroll- und Zwangsmaßnahmen bei Sinti und Roma ausübte. Adolf Scheufele, den der Sohn Peter Reinhardt, als „bitterbösen Menschen“ bezeichnete, übte Druck auf ihn aus und drohte mit der Einlieferung nach Auschwitz-Birkenau.

1944 wurde das Werk der Firma durch Bomben zerstört und die Produktion mit den Zwangsarbeitern im „Lager Linder“ in Nürtingen fortgesetzt, auf dessen damaligen Areal heute die Alte Seegrasspinnerei, die Containerunterbringung und teilweise die Berufsschulen stehen. Dort wurde eine Baracke für die Zwangsarbeiter errichtet.

Durch das Verhalten der anderen Zwangsarbeiter nicht nach Auschwitz geschickt

Anton Reinhardt wurde gesagt: „Wenn wir niemanden finden, der nicht dieselbe Stückzahl liefert, dann lass ich Sie nicht wegbringen!“ Danach wurde die Stückzahl, die er an der Maschine machte, mehrfach überprüft. Die anderen Zwangsarbeiter überboten ihn nicht, stets hatten sie eine kleinere Menge in derselben Zeit zugeschnitten. Es waren „Franzosen, Holländer, ein Litauer, ein Ukrainer, Polen“. Sie wollten ihn nicht überbieten. „Damit haben sie ihn geschützt!“, sagte sein Sohn Peter Reinhardt, der diese und die folgende Überlieferung Geschichten vom „Menschenglauben“ nennt.

Anton Reinhardt 1917–1988



Ein Nürtinger Arzt erweist sich als Rettung

In Nürtingen spielte ein ganz besonderer Arzt eine entscheidende Rolle. Als Anton Reinhardt einmal krank wurde, wusste er, dass dies lebensgefährlich war, nicht wegen der Krankheit, sondern wegen der damaligen Folgen des Krankseins. Denn wohin wäre er gekommen, wenn er ausgemustert worden wäre, wenn er seine Arbeitsspitzenleistung nicht mehr erbracht hätte? Er ging zu einem Nürtinger Arzt. Dieser behandelte ihn – was den Sinto Anton Reinhardt sehr erstaunte – als Mensch und fragte: „Und wo sind Ihre Verwandten, wenn Sie da als einziger im Lager sind?“ - „Die sind schon fort, in Dachau, in Auschwitz. Anfangs sind noch Briefe gekommen ...“, so die Antwort. Der Arzt war sehr bestürzt, Auschwitz war ihm ein Begriff. Fortan half er ihm zu überleben.

Eines Tages sagte der Arzt, als Anton Reinhardt wieder bei ihm war: „Du, die Franzosen stehen bei Tübingen! Die Nazis in der Stadt, die hauen ab, wer weiß, was die vorher noch machen ... S'isch Zeit, dass Du gehst!“ Dazuhin gab es Auflösungserscheinungen bei der Wachmannschaft. Der Arzt gab Anton Reinhardt sein Fahrrad, und dieser fuhr damit nachts über den Schurwald bis nach Kleinspach, wo seine Eltern ihr „Häusle“ hatten. Wie sein Vater ist Peter Reinhardt der Überzeugung: „Dieser Arzt hat sein Leben gerettet!“ Deswegen und seiner Kameraden wegen überlebte Anton Reinhardt den Völkermord an den Sinti und Roma. Menschen wie Adolf Scheufele waren nach 1945 wieder bei der Kripo tätig. Heutzutage ist er im Buch „Stuttgarter NS-Täter“ thematisiert. Der Antiziganismus aber ist heute noch in der Bevölkerung weit verbreitet und tief verankert, zudem kaum als problematisch bewusst.

Der Antiziganismus
ist heute noch
weit verbreitet

In Nürtingen geboren, bei Riga in Lettland ermordet

Rosalie Wallerstein wurde am 17. Dezember 1882 in Nürtingen geboren. Am 30. Mai 1941 zog die Jüdin von Stuttgart nach Heilbronn. Dort wohnte die gelernte Krankenpflegerin in der Bismarckstraße 3a. Am 31. Oktober 1941 gab das Referat des SS-Obersturmbannführers Adolf Eichmann Richtlinien für die „Abschiebung“ von deutschen Juden in ein Gebiet, das damals von den deutschen Besatzern „Reichskommissariat Ostland“ genannt wurde. Demgemäß deportierten die Erfüllungsgehilfen vom November 1941 bis zum Winter 1942 in ungefähr 28 Transporten mehr als 25 000 Juden, Männer, Frauen und Kinder, aus dem damaligen Deutschen Reich in den baltischen Raum, in erster Linie nach Riga in Lettland. Mit anderen Schicksalsgefährtinnen und Leidensgenossen wurde auch Rosalie Wallerstein im Dezember 1941 über Stuttgart in die Gegend von Riga, in das KZ Jungfernhof, „deportiert“. Die Behörden hatten ihnen zuvor vorgegaukelt, dass sie als Aufbaukräfte in den neu besetzten Ostgebieten Arbeit und Unterkunft fänden. Zunächst rafften die Finanzämter und andere Behörden das Hab und Gut der Deportierten an sich. Danach versteigerte und verteilte die NSDAP den Rest in aller Öffentlichkeit an die Bevölkerung.

„Einsatzgruppen“

Das Lager Jungfernhof lag 12 km von Riga entfernt. Das Gebiet stand unter der Verwaltung des NS-Chefideologen Alfred Rosenberg. Seine Hauptziele dort waren die vollständige

Vernichtung der jüdischen Bevölkerung und die „Germanisierung“ von Teilen der übrigen Bevölkerung. Die „Einsatzgruppen“ A und B ermordeten im „Reichskommissariat Ostland“ etwa eine Million Juden. Nachdem die Erschießungskommandos durch die Wucht der aus naher Entfernung abgegebenen Gewehrsalven von Blut und Gehirnmasse beschmutzt wurden, gingen sie dazu über, ihren Opfern in den zuvor ausgehobenen Gruben mit Maschinenpistolen der Reihe nach in den Hinterkopf zu schießen. Der Tarnbegriff der planenden Nationalsozialisten und der ausführenden Täter für den Massenmord an der jüdischen Bevölkerung Europas war „Endlösung der Judenfrage“.

Das KZ Jungfernhof

Der Jungfernhof war zunächst ein landwirtschaftliches Gut. Dessen völlig heruntergekommene Gebäude waren zu Beginn für die Aufnahme vieler Menschen völlig ungeeignet. Viele Insassen erfroren, verhungerten oder erlagen den dort grassierenden Krankheiten. Ab Januar 1942 wurden die Kranken des Lagers zum Erschießen abtransportiert.

„Aktion Dünamünder Konservenfabrik“

Im März 1942 verbreitete SS-Obersturmführer Gerhard Maywald unter den Lagerinsassen die Lüge, manche könnten in einer Konservenfabrik in Dünamünde arbeiten. Die Arbeit dort sei erheblich leichter. Daraufhin meldeten sich viele freiwillig. Gerhard Maywald wollte jedoch nur den Abtransport der Unglücklichen für die Täter erleichtern. Am Morgen und Nachmittag

Rosalie Wallerstein 1882–1941

des 26. März 1942 fuhren die Täter insgesamt zwischen 1600 und 1800 Insassen in ein nahes Birkenwäldchen, genannt Biķernieki. Dort wurden die dorthin Verbrachten im Laufe des Tages erschossen und in Massengräbern verscharrt. Der Tarnbegriff für diese Erschießungen war: „Aktion Dünamünder Konservenfabrik“. Viktor Marx, ein Überlebender, dessen Frau Marga und Tochter Ruth dort erschossen wurden, berichtete: „Im Lager wurde uns gesagt, dass alle Frauen und Kinder vom Jungfernhof weggämen, und zwar nach Dünamünde. Dort seien Krankenhäuser, Schulen und massiv gebaute Steinhäuser, wo sie wohnen könnten. Ich bat den Kommandanten, auch mich nach Dünamünde zu verschicken, was er jedoch ablehnte, weil ich ein zu guter Arbeiter sei.“

Mit Unterstützung des Volksbunds Deutsche Kriegsgräberfürsorge konnte 2001 im Wald von Biķernieki eine Gedenkstätte eröffnet werden. Auf dem Gedenkstein steht auf Hebräisch, Russisch, Lettisch und Deutsch der

Vers aus dem Buch Ijob: „Ach Erde, bedecke mein Blut nicht, und mein Schreien finde keine Ruhestatt!“

Im Jahr 1944 gab die SS das Lager Jungfernhof auf. Von den etwa 4000 dorthin Verschleppten überlebten nur 148. Rosalie Wallerstein war nicht darunter.



Geplant war die vollständige
Vernichtung der jüdischen
Bevölkerung

„Wer hat schon um diese Kinder geweint?“

Anton Köhler wurde 1932 in Nürtingen geboren. Er hatte sieben Geschwister. Bereits gut vier Monate nach der Geburt von Anton Köhler hieß es: „Hitler Reichskanzler!“. Bald darauf wurde Anton Köhler von den Behörden als „Zigeunermischlingskind“ etikettiert und deswegen verfolgt. Nach dem „Heimerlass“ des Württembergischen Innenministers für „zigeunerische und zigeunerähnlich“ eingestufte Kinder trennten die Behörden Anton Köhler und seine sieben Geschwister von seinen Eltern und verbrachten sie in das abgeschiedene katholische Heim St. Josefspflege in Mulfingen im Jagsttal.

Der Vater von Anton, Josef Köhler, wurde 1942 in das Schloss Hartheim bei Alkoven in Österreich überführt und dort vergast und verbrannt. Die Mutter von Anton Köhler, Hilda Köhler, wurde 1943 in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau zwangsverschleppt.

„Warum muss ich sterben?“

Eva Justin benötigte die „Mulfinger Sintikinder“ noch als Untersuchungsobjekte für ihre Doktorarbeit. Ihre Doktorarbeit ist betitelt mit „Lebensschicksale artfremd erzogener Zigeunerkinder und ihrer Nachkommen“. Eva Justin war unter Dr. Ritter für die so genannte „Rassenhygienische und Kriminalbiologische Forschungsstelle des Reichsgesundheitsamtes“ tätig. Nachdem die Doktorarbeit formal anerkannt war, deportierte die Kripo und die SS die „Mulfinger Sinti-Kinder“. Die damals 16jährige Johanna Köhler warf sich kurz vor ihrer

„Deportation“ auf ihr Bett und fragte weinend: „Warum muss ich sterben, ich bin doch noch so jung?“. Ein jüngeres Mädchen fragte bei ihrem Abtransport misstrauisch: „Warum müssen wir denn in ein Lager, wir können doch nicht schaffen wie unsere Eltern, wir sind doch noch so klein?“. In Crailsheim stieß Adolf Scheufele, der Leiter der „Dienststelle für Zigeunerfragen“ bei der Kriminalpolizeistelle Stuttgart, hinzu, bis der Waggon mit den Kindern dort abfuhr. Doch Kriminalassistentin Kienzle aus Esslingen fuhr überwachend weiter mit, bis der Waggon am 15. Mai 1944 in Auschwitz-Birkenau ankam.

Wie seine vier mit ihm deportierten Geschwister wurde Anton Köhler in Auschwitz-Birkenau ermordet. Er wurde keine dreizehn Jahre alt.

In der Nacht zum 3. August 1944 wurden die „Mulfinger Sintikinder“ und andere Sintikinder und Romakinder aus dem Waisenblock, soweit sie noch am Leben waren, mit über 2800 anderen Sinti und Roma vergast. Die jüdische Kinderfachärztin Lucie Adelsberger schildert das schreckliche Ende der Kinder aus dem Waisenblock: „Ehe ich zu meinen Kindern in den Waisenblock eilen konnte, war die Lagerstraße schon von schußbereiter SS abgesperrt, die in enggliedrigen Ketten zu beiden Seiten aufgepflanzt war. Schnell flüchtete ich zu den Kollegen in den Infektionsblock ... In der Ferne fuhren Autos an, und verschwanden wieder in der Stille. Dann wurde das An- und Abfahren und das Bremsen immer deutlicher. Gegen halb 11 Uhr hielten sie vor unserem Block.

Anton Köhler

1932–1944

War es soweit? Unser Tor blieb verschlossen. Es galt nicht uns sondern dem Waisenblock gegenüber. Wir hören die kurzen Befehle der SS, das Kreischen der Kinder. Ich erkenne die einzelnen Stimmen. Die älteren wehren sich hörbar, rufen um Hilfe, brüllen Verrat, Schufte, Mörder! Ein paar Minuten nur und die Autos fahren davon, das Geschrei verhallt in der Nacht.

Nach einer knappen halben Stunde kehren die Wagen zurück...”



Anton Köhler wurde
in Auschwitz-
Birkenau ermordet, weil
er Sinto war

„Einen alten Baum verpflanzt man nicht!“

Der Viehhändler jüdischen Glaubens war bis 1933 Mitglied u.a. im Nürtinger Liederkranz. Dem Nürtinger Liederkranz gehörten zahlreiche Honoratioren der Stadt an. Ab 1908 war er Aufsichtsratsmitglied der Handwerkerbank Nürtingen, der späteren Volksbank. Josef Herrmann wohnte bis Juni 1936 in der Schafstraße 22 in der Kirchheimer Vorstadt. Seine Schwägerin Anna Frank wohnte schräg gegenüber in der Katharinenstraße 2.

„Juden unerwünscht“ – Nationalsozialistische Hetze im Nürtinger Tagblatt

Was mag sich Josef Herrmann gedacht haben, als er im Nürtinger Tagblatt in der Zeit des Nationalsozialismus Zeilen wie die folgenden las: „Juden haben die russische Revolution gemacht und haben den bolschewistischen Staat errichtet mit dem Ziel der Weltrevolution, zur Unterdrückung der Gojims (Nichtjuden)... Ihm (dem Juden) verdanken wir Deutschen den Kriegsausgang mit seiner Leidenszeit bis 1933.“

Wie muss es für ihn gewesen sein, wenn er lesen musste, dass Juden „schädliche Krankheitserreger“ seien, die in ihren „Wirtsvölkern zersetzend“ wirkten, dass Juden „Söhne des Satans“ seien? Gegen solche und andere antisemitische Hetze konnte er sich nicht mehr zur Wehr setzen. Was mag er empfunden haben, als er sich in Nürtingen den Schildern „Juden unerwünscht“ an den vertrauten Läden, angebracht von ihm bekannten Geschäftsleuten, gegenübersehen musste?

Verordnete Bosheiten und persönliche Schicksalsschläge folgten im Leben Josef Herrmanns nun dicht aufeinander. Schmerzhaft war aber auch, wie die meisten Nürtinger nach Beginn der NS-Zeit sofort ihren Anstand Juden gegenüber verloren.

Nach Herrlingen und Oberstotzingen eingewiesen, in Theresienstadt „gestorben“

Nach dem Tod seiner Frau und der Übergabe eines Enkelkindes an dessen Tante zog er 1936 nach Ravensburg. Später wurde er in ein so genanntes Jüdisches Altersheim nach Herrlingen, dann nach Oberstotzingen eingewiesen.

Im Ort Herrlingen selbst gab es im Vorfeld der Einrichtung des Heims eine Hetzkampagne gegen die zukünftigen Bewohner. Bürgermeister Alfons Brielmaier beschwerte sich gegenüber dem Landrat in Ulm, dass „die alten Juden, welche den Weltkrieg und den Zusammenbruch Deutschlands 1918 mit verschuldet haben, nicht zum Lohn dafür als Ruhesitz fürs Alter einen der sonnigsten, landschaftlich hervorragendsten Plätze vor den Toren Ulms erhalten sollten... Die alten Juden sollen büßen für die Verbrechen der Talmud-Lehre. Barackenlager in der sumpfigsten Gegend wären für die alten Juden gerade gut genug; je baldere sie absterben würden, umso besser.“

Am 19. August frühmorgens, noch bei Dunkelheit, wurden die meist gebrechlichen Lagerinsassen von Oberstotzinger Dorfbewohnern mit Fuhrwerken zum Bahnhof in Niederstotzingen

Josef Herrmann

1866–1942



gebracht. „Die Juden waren sehr verzweifelt und der Abtransport ging keineswegs so still und unbemerkt vonstatten, wie es sich die Gestapo wohl gewünscht hatte. Ihr Jammern und Wehklagen ging mir durch Mark und Bein. Noch heute habe ich das Schreien der alten Leute in den Ohren und kann es wohl nie wieder vergessen“, so erinnerte sich ein Zeitzeuge nach über 50 Jahren. Für die Bevölkerung aus der Umgebung galten die Deportierten als auf Nimmerwiedersehen verschwunden, denn sie fiel bald wie ein Heuschreckenschwarm über das unbewohnte Schloss her. Bevor das Finanzamt Heidenheim, wie vorgesehen, die zurückgelassenen Möbel zu Geld machen konnte, bereicherten sich die Leute aus dem Ort und den umliegenden Dörfern daran.

Josef Herrmann kam 1942 im KZ Theresienstadt, das von der deutschen Besatzungsmacht in Nordböhmen – damals dem „Reichsgau Sudetenland“ zugehörig – eingerichtet wurde, ums Leben.

Josef Herrmann kam
1942 im KZ Theresienstadt
ums Leben

Ermordet, weil er für die Nazis als Jude galt

Heinrich Wolff, Jahrgang 1886, ist in Rohrbach geboren und wohnte seit 1908 in einem Ort, der ungefähr fünf Kilometer von Nürtingen entfernt ist. Er war Prokurist in einer Schuhfabrik und hatte drei Töchter. Der geachtete Bürger war im Gemeinderat, in mehreren Vereinen und beim Roten Kreuz aktiv.

Vom Geachteten zum Geächteten

1933 wurde er dort überall ausgeschlossen. Zwar war er evangelischer Christ, für die Nationalsozialisten galt er aber als Jude. Da seine Töchter evangelischer und daher nicht jüdischer Religionszugehörigkeit waren sowie seine Frau Anna nach ersten „Fehleinschätzungen“ als „arisch“ eingestuft war, wurden seine Familienverhältnisse von den nationalsozialistischen Behörden theoretisch als „privilegierte Mischehe“ gewertet, doch zu dieser Zeit war er bereits im KZ.

Dies kam so: Die Schuhfabrik, in der er Prokurist war, musste im Jahr 1935 Konkurs anmelden. In diesem Zusammenhang wurde Heinrich Wolff 1936 wegen „Bankrottvergehens und Betrug“ zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Eine Tochter erzählte, dass der andere Angeklagte, ein NSDAP-Mitglied, seine Strafe nicht absitzen musste. Der Familie ging es wirtschaftlich schlecht, nachdem der Ernährer weggesperrt war.

Im KZ Dachau und im KZ Buchenwald

Als „vorbestrafter Jude“ wurde Heinrich Wolff nach seiner Haftentlassung schnell wieder

festgesetzt und in das KZ Dachau verbracht. Nach der Aussage einer Tochter geschah dies bereits vor dem Novemberpogrom 1938, vermutlich im Juni 1938 bei der so genannten „Asozialenaktion“. Vom KZ Dachau aus wurde er in das KZ Buchenwald überführt. Seine Frau versuchte, ab Oktober 1938 die „Auswanderung“ zu betreiben, hatte aber damit keine Chance, weil ihr Mann vorbestraft war. Sie hatte deswegen sogar an Heinrich Himmler geschrieben, den damaligen „Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei“.

1941 ermordet

Heinrich Wolff wurde am 4. März 1941 ermordet, vermutlich vergast, wie eine Aussage eines überlebenden KZ-Kameraden nahe legt. Offiziell hieß es, er sei „an Lungenentzündung verstorben“. Mit zitteriger Schrift hatte er in einer letzten Postkarte an seine Angehörigen geschrieben: „Mir geht es gut“. Zur Zeit des Datums, das auf der Karte stand, war er jedoch bereits ermordet. Die Familie verlor dadurch auch ihren Ernährer.

Die Töchter wurden als „Halbjüdinnen“ eingestuft und behandelt

Seine Töchter wurden gemäß dem im Nürtinger Landratsamt und der Stadt damals behördlich fixierten Rassenwahn der Nationalsozialisten als „Halbjüdinnen“ bzw. „Mischlinge ersten Grades“ eingestuft und deswegen schlecht behandelt. Bald waren sie als „die Wolff-Töchter“ oder „die Wolff-Schwestern“ allbekannt.

Heinrich Wolff

1886–1941



„Und das war dann nicht mehr auszuhalten“

Eines der Mädchen ging in dem Schulgebäude des heutigen Max-Planck-Gymnasiums, dem früheren „Realprogymnasium“, zur Schule. Damals als „jüdische Mischlinge“ Bezeichnete wurden behördlicherseits mit Erlass vom 9.9.1942 von höheren Schulen an Volksschulen zurück verwiesen. Doch die Tochter von Heinrich Wolff verließ bereits 1938 das Nürtinger Progymnasium, weil sie von ihren Mitschülerinnen auf das schwerste gemobbt wurde. Diese waren im Nürtinger Bund Deutscher Mädel dazu aufgehetzt worden. „Das ist dann so schlimm gewesen, daß die Mitschüler einen, ja, wie kann man das sagen, einen eben psychisch geplagt haben. Und das war dann nicht mehr auszuhalten, ich bin dann von der Schule weggegangen, weil es einfach nicht mehr möglich war.“

Nach diesen traumatischen Erfahrungen besuchte sie keine andere Schule mehr und half anfangs ihrer Mutter bei der nun notwendig gewordenen Heimarbeit. Schließlich musste sie in einer Metall verarbeitenden Fabrik an ihrem Wohnort als Hilfsarbeiterin

arbeiten. Wenn ihr auf der Straße andere Kinder begegneten, wandten diese sich sofort ab und liefen weg. Wie sie wurde auch die übrige Familie geschnitten.

Es war geplant, auch die Töchter kurz vor Kriegsende zu erschießen.

Auch sie sollten noch kurz vor Kriegsende in der Reiterkaserne in Cannstatt erschossen werden, doch die amerikanische Armee hatte, bevor es dazu gekommen war, den Kessel um Stuttgart so gut wie geschlossen. Zuvor war das Nürtinger Arbeitsamt bestrebt gewesen, die drei Schwestern gemeinsam in eine Firma zum Arbeiten zu schicken, „darum ging es ja, deshalb haben sie alle in eine Firma stecken wollen, damit sie alle gleich beieinander gehabt hätten, wenn der Tag dann gekommen wäre, dass sie einen abgeholt hätten.“

Auch die Töchter
waren in Lebensgefahr

Ein zuvor angesehener Bürger muss seinen Beruf aufgeben, wird ins KZ eingeliefert und muss „emigrieren“

Seit der zweiten Jahreshälfte 1936 gab es in Nürtingen nur noch eine Viehhandlung, die von einem Juden betrieben wurde: die von Heinrich Herrmann in der Plochinger Straße 10, mit einem separaten Stallgebäude in der Kalkoferstraße 5.

Doch auch diese berufliche Existenz wurde durch antijüdische Aktionen, Propaganda und Hetze im Nürtinger Tagblatt und in der NS-Zeitschrift „Flammenzeichen“ zunächst beeinträchtigt. Auf Antrag des NSDAP-Ortsgruppenleiters Eugen Frey ließ der Nürtinger Bürgermeister Weilenmann seit Ende Mai 1937 jüdische Händler durch Nürtinger Polizisten vom Nürtinger Viehmarkt verweisen, ohne dass es dafür eine gesetzliche Grundlage gab. Doch über dem Gesetz stand die nationalsozialistische Weltanschauung. Im Dezember 1937 wurde Heinrich Herrmann schließlich die Viehhandelserlaubnis entzogen. Mitwirkende daran waren die Kreisbauernschaft, die örtliche NSDAP und wohl auch die Nürtinger NSDAP-Kreisleitung. Mit dem Entzug dieser Viehhandelserlaubnis hatte Heinrich Herrmann kein Einkommen mehr – und die Nürtinger Nationalsozialisten hatten ihr Ziel endgültig erreicht, die Juden in Nürtingen aus dem Geschäftsleben „auszuschalten“.

Ein erfolgreicher Viehhändler und angesehener Bürger

Heinrich Herrmann wurde am 10. Juni 1882 in Nürtingen geboren. Er war ein sehr guter Schüler des Reallizeums. Dennoch stieg er in

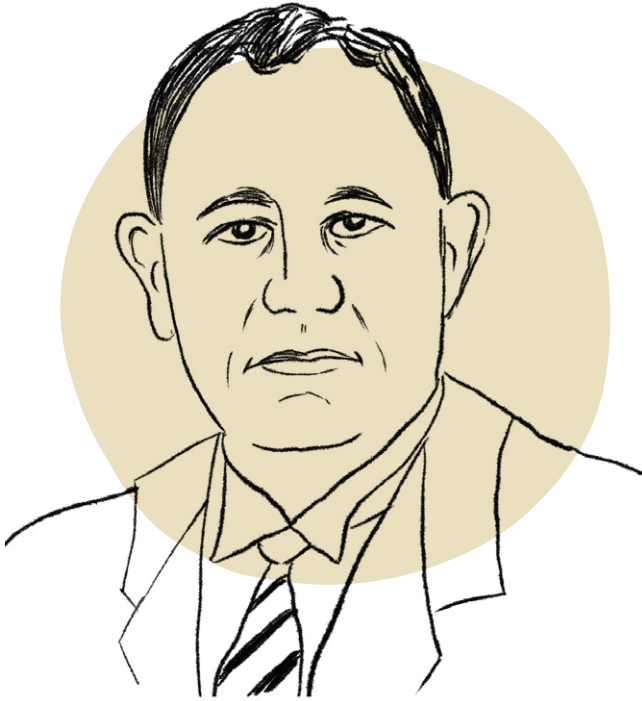
das väterliche Viehhandelsgeschäft als Auszubildender ein.

1904 war er selbstständiger Viehhändler, zuvor hatte er nach dem Tod des Vaters seinem älteren Bruder Ferdinand Herrmann beim Viehhandel geholfen. Wie dieser war Heinrich Herrmann Mitglied im angesehenen Nürtinger Liederkränz. Im Alter von 23 Jahren heiratete er Hermine Hirsch. In Nürtingen war Heinrich Herrmann angesehen. Er besaß Wiesen im Rieth, Äcker in Oberensingen und Äcker und Wiesen im Tiefenbachtal. Außer ihm waren zu Beginn der NS-Zeit noch sein älterer Bruder Josef, sein Schwager Abraham Pressburger und Abraham Landauer in Nürtingen als Viehhändler tätig, wirtschaftlich am erfolgreichsten war Heinrich Herrmann. Sein Sohn Wolfgang ging auf ein Gymnasium in Esslingen, nach Anfeindungen dort „emigrierte“ Wolfgang Herrmann bereits im Sommer 1933! Sein Sohn Gerolf war zu jener Zeit Auszubildender im Warenhausbereich, doch die Inhaber mussten ihre Geschäfte auf Druck der NSDAP 1935 aufgeben, dem Jahr, in dem dann auch Gerolf Herrmann mangels Zukunftsperspektiven „emigrierte“.

Die lokale NSDAP zerstört die berufliche Existenz

Gegen Heinrich Herrmann und jüdische Viehhändler allgemein wurde in Wort und Bild gehetzt. Nachdem die NSDAP seinen Viehhandel zerschlagen hatten, wollte Heinrich Herrmann Zigarren von Haus zu Haus verkaufen. Dies verbot der Nürtinger Kreisleiter Eugen

Heinrich Herrmann 1882–1959



Wahler und der Nürtinger Landrat Helmuth Maier kommentierte diese Entscheidung handschriftlich mit der Bemerkung „richtig!“. Heinrich Herrmann verkaufte demzufolge 1938 sein Stallgebäude mit Gemüsegarten und sein Haus. Mit seiner Frau verließ er Nürtingen und zog nach Stuttgart. Das Nürtinger Oberamt meldete den Umzug an die Stuttgarter Gestapo. Auch in Stuttgart wurde in Wort und Bild in der Zeitschrift „Flammenzeichen“ auch gegen Heinrich Herrmann gehetzt. Am 10. November 1938 wurde er zusammen mit anderen Stuttgartern „verhaftet“ und zusammen mit 31 anderen Juden von dort in das KZ Welzheim verbracht.

Emigration, Vertreibung oder Flucht?

Im Juli 1939 verließ Heinrich Herrmann notgedrungen und damals von den Nazis noch genauso gewollt zusammen mit seiner Frau Nazi-Deutschland – von Freiwilligkeit kann hierbei keine Rede sein. Im Vereinigten Königreich, in dem sich schon seit 1933 ihr Sohn Wolfgang befand, fasste Heinrich Herrmann – immerhin bereits 57 Jahre alt – schwer Fuß. Im erlernten Beruf konnte er nicht tätig sein, er musste sich mit Gelegenheitsarbeit durchschlagen, erreichte größtenteils nicht einmal die versteuerbare Einkommens-Untergrenze. An die bei der Volksbank Nürtingen angelegten 11.510 Reichsmark kam Heinrich Herrmann nicht heran, das Ersparnis war in ein Sperrguthaben umgewandelt worden, 1944 zog das Deutsche Reich dieses Geld ein. 1947 ging Heinrich Herrmann in den Ruhestand und nach dem Tod seiner Frau 1951 in ein Altersheim bei Manchester. Im Alter von 77 Jahren starb er 1959 in Stockport.

Im Juli 1939 verließ Heinrich Herrmann
notgedrungen und damals von den Nazis
noch genauso gewollt zusammen mit seiner
Frau Nazi-Deutschland

„Niemand ist für meine Mutter eingetreten“

Anna Frank geborene Herzer (nicht zu verwechseln mit der über ihr Tagebuch bekannten Anne Frank aus Frankfurt am Main) wurde 1873 im badischen Bretten geboren und zog 1902 nach Nürtingen.

Im Jahr 1928 gab Anna Frank im Alter von 55 Jahren ihr Bekleidungsgeschäft in der Strohstraße 1 auf und führte daraufhin ein karges Witwendasein. In der Katharinenstraße 2 bewohnte sie bis 1941 eine Dreizimmerwohnung.

„Juden unerwünscht“

Anna Frank wurde als Jüdin ab 1933 in Nürtingen ausgegrenzt. In den Schaufenstern und an den Türen der größeren Läden hingen bald Plakate mit der Aufschrift „Juden unerwünscht“. Bäckereien lehnten die jüdische Kundin ab: „Ich bin einmal dabei gewesen, da hat sie so geheult“, erinnerte sich eine Nürtingerin. „Die sehe ich heute noch vor mir mit ihren Tränen, sie mit ihren grauen Rollenhaaren! Sie war ganz außer sich, hat immer geheult.“ Anna Frank war abends unter Tränen zur Inhaberin der Bäckerei gekommen und hatte gefragt, ob sie ein Brot haben kann, „alle Bäckereien wollten ihr nichts mehr geben“, obwohl sie sie immer dort eingekauft hatte.

Am 9. Februar 1940 meldete Bürgermeister Dr. Walter Klemm (NSDAP) dem Landrat Helmuth Maier (NSDAP) in Nürtingen: „Auf den Erlass vom 5. des Monats berichte ich, dass in hiesiger Kreisstadt noch folgende Jüdin wohnhaft ist: Anna Frank, verwitwete Heimarbeiterin“.

„Noch“ war Anna Frank in Nürtingen wohnhaft – „noch“. Die Absicht der Nationalsozialisten war es, auch Nürtingen „judenfrei“ zu machen. Am 23. September 1941 musste Anna Frank für kurze Zeit nochmals ihre Nürtinger Wohnung wechseln und in die Schmidstraße 15 im Stadtteil Braike umziehen.

Knapp einen Monat danach, am 15. Oktober 1941, wurde Anna Frank mit einem Sammeltransport nach Haigerloch gebracht. Haigerloch liegt im heutigen Zollernalbkreis und an einer Bahnlinie, sodass die im dortigen Ghetto Haag eingepferchten Juden direkt von dort „deportiert“ werden konnten.

In der Meldung des Nürtinger Bürgermeisteramtes vom selben Tag liest sich das so, als wäre sie freiwillig umgezogen. „Die bisher hier wohnhafte Jüdin Anna Sara Frank, geboren 25.7.1873 in Bretten, hat sich am 13. des Monats hier polizeilich abgemeldet und wird heute nach Haigerloch, Haus 203 verziehen.“

Anfang März 1942, bevor es zur weiteren „Deportation“ von Anna Frank – nunmehr in die Ermordung – kam, brach sie sich bei einem Sturz die Hüfte. Da Juden von sogenannten arischen Ärzten in der Regel nicht behandelt wurden und es keine jüdischen Ärzte mehr in der Umgebung gab, blieb die 68-Jährige drei Wochen lang ohne Hilfe.

Ihr Sohn Henry teilte nach dem Krieg mit, dass seine Mutter sich durch die Verweigerung der Universitätsklinik in Tübingen eine tödliche

Anna Frank

1871–1942

Infektion zugezogen habe. In bereits sehr kritischem Zustand brachte ein Sanitätswagen Anna Frank mit zwei anderen schwerkranken Frauen ins nächstliegende jüdische Krankenhaus – nach Frankfurt am Main! Der Zeitraum von drei Wochen zwischen Unfall und Abtransport mit dem Sanitätswagen resultierte daraus, dass für eine einzelne jüdische Patientin diese lange Fahrt nicht gemacht wurde. Anna Frank wurde am 3. April 1942 in Frankfurt eingeliefert. Zwei Tage später, am 5. April 1942, starb sie um 19:40 Uhr, ohne ihr Bewusstsein wiedererlangt zu haben.

Die jüdischen Ärzte sagten damals, dass keine Hilfe mehr möglich gewesen sei, weil Anna Frank viel zu spät eingeliefert worden war. Ihr Sohn resümiert für Nürtingen: „Niemand ist für meine Mutter eingetreten!“ Er setzte hinzu, auch nicht jemand der sogenannten „Nicht-Nazis“.



Anna Frank war die letzte Jüdin,
die während der Nazi-Diktatur in
Nürtingen lebte

„Futt isch futt!“ hieß es im Herkunftsdorf

Der Sinto Johann Reinhardt, Jahrgang 1915, war der einzige Überlebende seiner Familie. Seit Ende der 60er Jahre forderte er von der Gemeinde Allmendingen ein Waldgrundstück zurück.

Musikant, Pferdehändler, Korbmacher

Seit 1827 hatten Sinti in Allmendingen gewohnt. Vor der Nazizeit hatte Johann Reinhardt in Altheim und in Allmendingen gleichaltrige Freunde. Mit seinem Vater Gottlob, seinem Onkel Anton und seinem Halbbruder Karl Winter machte Johann Reinhardt in Gaststätten in Allmendingen und Umgebung Musik. Eine zweite Einnahmequelle war der Pferdehandel. Zudem war Johann Reinhardts Vater Korbmacher, ein Beruf, den auch Johann und Karl erlernten. Familie Reinhardt wohnte in einem einstöckigen Blockhaus auf einem Grundstück zwischen Altheim und Allmendingen am Hailenberg. Es war um die zehn Meter lang und um die sechs Meter breit. Das Wäldchen, in dem das Blockhaus stand, liegt heute hinter dem Feldkreuz an der Straße von Allmendingen nach Altheim.

Allmendingen weist seine Sinti aus

Im Oktober 1935 mussten die Sinti auf Betreiben der beiden Dörfer das Grundstück sofort räumen und wegziehen. Ein Polizist überwachte den Abzug. Nur was die Familie in einem Bündel mittragen konnte, blieb damals im Besitz der Familie. Der 23jährige Johann Reinhardt wurde in das KZ Dachau verbracht, bei seinem „Zugang“ in Dachau ist der Kommentar „Kripo“ vermerkt. Was wenige wissen:

Die Kripo war - ähnlich der Gestapo bei Juden - die Behörde, die Sinti und Roma in der NS-Zeit verfolgte. Sein Vater wurde ungefähr zehn Monate nach seiner Einlieferung im KZ Dachau ermordet.

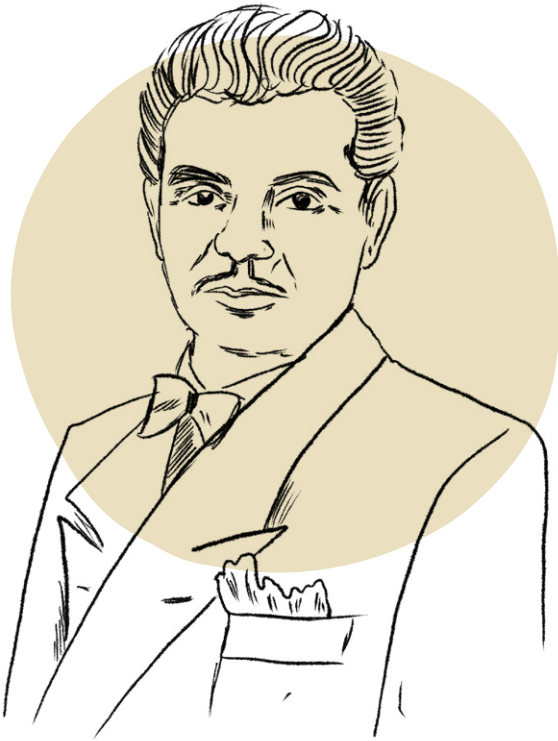
In den Steinbrüchen von Mauthausen

Johann Reinhardt und sein Halbbruder Karl Winter wurden am 21. März 1939 aus dem KZ Dachau in das Konzentrationslager Mauthausen verlegt. Der Mutter Johanna und der Schwester Anna gelang es zunächst zusammen mit deren Kleinkind, zu Verwandten nach Weil im Schönbuch zu entkommen. Doch bei einer Razzia wurden sie aufgegriffen, nach Auschwitz-Birkenau überführt, dort ermordet. Johann Reinhardt überlebte sieben Jahre Zwangsarbeit in den berühmten Steinbrüchen. Als die amerikanische Armee ihn befreite, wog er 39 Kilo.

Ein stolzer Mann

Johann Reinhardt arbeitete wieder als Musiker. Er heiratete und wohnte in Nürtingen. Gesundheitlich war er schwer angeschlagen. In den 50er-Jahren stellte Johann Reinhardt als damals „rassisch Verfolgter“ einen Antrag auf Entschädigung, in dem er auch das Grundstück bei Allmendingen erwähnte. Doch 1991 entschied die Gemeinde Allmendingen, Johann Reinhardt das Grundstück nicht zurückzugeben. Sie bot ihm eine einmalige Entschädigung von 10.000 DM an. Die Landesschau hierzu: „Die Räte kamen zwar zu dem Schluss, dass damals Unrecht geschehen war. Aber sie haben Angst, wenn man das Grundstück

Johann Reinhardt 1915–1993



zurückgebe, könnten dort wieder Zigeuner ansiedeln.“ Johann Reinhardt lehnte es ab, die 10.000 DM anzunehmen. Die Landesschau wertete dies so: „Er empfindet das, was die Gemeinde heute mit ihm macht, wieder als Folter, als seelische ... Johann Reinhardt ist ein stolzer Mann, er will das Grundstück“. Ein Allmendinger Bürger sagte dazu im Länderspiegel vom April 1991: „Futt isch futt“. Das heißt: „Fort ist fort!“.

Allmendinger Fasnetsgruppe: Angemessene Erinnerung?

Johann Reinhardt starb 1993. Heute noch äffen Allmendinger in ihrer „Fasnet“ als „Zigeunergruppe Allmendingen“ unter dem Motto „I be a Zigeiner“ die Sinti nach, die bei ihnen gelebt hatten, die sie vertrieben hatten, von denen die meisten nicht überlebt hatten. Weit mehr noch aber sind es Klischees und Stereotype in ihren Köpfen, die sie fröhlich nachäffen, auffällig zur Schau stellen und multiplizieren. Bei einem Pressebesuch in der Nürtinger Wohnung von Johann Reinhardt stellte ein Verwandter die rhetorische Frage, ob sich irgendwo in Deutschland wohl eine Fasnetgruppe „Die Juden“ halten würde, die in ähnlicher Weise vorgehe. Seine Antwort: „Ganz sicher: Nein!“

Johann Reinhardt überlebte
sieben Jahre Zwangsarbeit
in den Steinbrüchen von
Mauthausen

Heinrich N.
Eberhard F.
Elsa S.
Ernestine S.
Karl Balz
Mathilde S.

...

Verfolgt wegen psychischer Erkrankung und geistigen Behinderungen



Ab 1940 begannen in der „Landes-Pflegeanstalt Grafeneck“ und in weiteren Heilanstalten des Deutschen Reiches die sogenannten „Euthanasie-Morde“. Dabei fanden mehr als 70.000 Menschen mit psychischen Erkrankungen und geistigen Behinderungen in stationären Gaskammern den Tod. Sie alle hatten in Anstalten gelebt und wurden als „lebensunwert“ oder „Ballastexistenzen“ bezeichnet, weil sie nicht den Nützlichkeitskriterien der Täter dieser Verbrechen genügten. Ihr Leben wurde ausgelöscht, ihre Leichen verbrannt, die Asche verstreut, die Spuren ihres Lebens verwischt, die Verbrechen vertuscht. Nichts sollte mehr an Opfer und Täter erinnern.

Seit einigen Jahren wird in Nürtingen nun dieses grauenvolle Kapitel der deutschen Geschichte aufgearbeitet und dokumentiert. Eine erste Veröffentlichung zu Nürtingern, die den „Euthanasie-Morden“ zum Opfer

fielen, präsentierte Stadtarchivar Reinhard Tietzen im Jahr 2011. Zuvor hatte der Oberensinger Heimatforscher Werner Föhl Lebensdaten über Oberensinger Familien zusammengetragen. Weitere Namen konnte die im Jahr 2011 gegründete Gedenkinitiative im Namensbuch recherchieren, das in der Gedenkstätte Grafeneck ausliegt.

Inzwischen sind Lebensdaten von 14 Opfern bekannt, die hier geboren wurden oder zeitweise in Nürtingen lebten. Ihre Nachnamen wurden von uns anonymisiert. Falls Sie zu den Nachfahren gehören, bittet die Gedenkinitiative um Nachricht. Im Einklang mit Ihnen möchten wir gern Ihrem Verwandten seinen vollen Namen – und damit seine Würde – zurückgeben.

Abbildung oben:
Landwirtschaftliches Gebäude
in Grafeneck, in das 1939/40
die Gaskammer eingebaut war

Er kam mit dem grauen Bus in die Gaskammer

Heinrich N. wurde 1879 in Oberensingen geboren, wo sein Vater zu dieser Zeit als Pfarrer tätig war. Es ist nicht bekannt, wie lange die Familie hier lebte.

Im Alter von 17 Jahren traten bei dem damaligen Ökonomiepraktikanten erstmals die Symptome einer schweren psychischen Erkrankung auf. Nach mehreren Klinikaufenthalten in Tübingen wurde er im August 1904 in der privaten Heilanstalt Pfullingen aufgenommen. Als das dortige Pflegeheim aufgelöst wurde, kam Heinrich N. im März 1922 in die staatliche Heil- und Pflegeanstalt Weißenau bei Ravensburg. Zu dieser Zeit war er 42 Jahre alt und seit 25 Jahren krank.

In Weißenau verbrachte er die folgenden Jahre ohne größere Auffälligkeiten. Am 5. Dezember 1940 wurde Heinrich N. mit einem Transport der sogenannten „grauen Busse“ von Weißenau nach Grafeneck gebracht, wo er im Rahmen der „Euthanasie“-Aktion der Nationalsozialisten noch am selben Tag in der Gaskammer ermordet wurde.

Sondertransport von Weißenau in die Gaskammer nach Grafeneck

Mit diesem sogenannten Sondertransport wurden am 5. Dezember 1940 insgesamt 56 Patienten aus der Pflegeanstalt Weißenau in die ehemalige Heil- und Pflegeanstalt Grafeneck gebracht, die zu einer Tötungsanlage umgebaut worden war. Die grauen, anfänglich roten Busse waren mit Milchglasscheiben versehen und wurden von einem Fahrer und einem Beifahrer gesteuert. Außerdem begleiteten

Pflegepersonen die Transporte, die den Patienten Beruhigungsspritzen verabreichen oder sie im Bedarfsfall an besonderen Vorrichtungen festschnallen konnten.

In Grafeneck angekommen, führte man die Kranken den Ärzten zur letzten Untersuchung vor; diese dauerte in den meisten Fällen nur bis zu einer Minute. Die anschließende Ermordung in der Gaskammer erfolgte durch Kohlenmonoxyd-Gas, das der Anstaltsarzt in den verschlossenen Vergasungsraum einströmen ließ. Anfangs schienen einige Opfer noch geglaubt zu haben, es gehe zum Duschen, andere begannen sich im letzten Augenblick zu wehren und schrien laut. Für alle gab es kein Entrinnen mehr, keine Möglichkeit zur Flucht.

Allein im Dezember 1940 wurden in Grafeneck 548 Menschen vergast, im gesamten Jahr waren es mehr als 10.000 Menschen, die dort getötet wurden.

Verschleierung der Tötungsorte

Der 18. Dezember 1940 in Hartheim ist als Todesdatum und Sterbeort in den amtlichen Unterlagen von Heinrich N. angegeben. Um den tatsächlichen Todesort auf der Sterbeurkunde zu verschleiern, wurde sehr häufig ein Aktentausch zwischen den Tötungsanstalten vorgenommen. Im Jahr 1947 sagte ein während der Mordaktion als Standesbeamter in Grafeneck eingesetzter Kriminalbeamter aus, dass etwa im Juni 1940 eine sogenannte Absteckabteilung gebildet wurde. Demnach markierte im Absteckraum ein Mitarbeiter den

Heinrich N. 1879–1940



Geburts- oder Wohnort der einzelnen Patienten mit farbigen Nadeln auf einer großen Karte, die an der Wand hing. So konnte schnell eine Häufung von Todesfällen aus einer bestimmten Heimatregion der Opfer festgestellt und mit Verschiebung der Sterbeurkunden in andere Anstalten der tatsächliche Sterbeort und Todestag verschleiert werden. Akten aus Grafeneck kamen so zu den Tötungsanstalten nach Brandenburg und Hartheim bei Linz/Österreich und umgekehrt.

Heinrich N. hatte mit Johannes N. (1789–1858) einen bei seiner Geburt schon verstorbenen Großvater, der zu den bedeutendsten württembergischen Satirikern des 19. Jahrhunderts gehört. Er war zudem ein schwäbischer Schriftsteller, der in Theaterstücken Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen im Königreich Württemberg übte. In seinem Buch von 1837 „Schwabenbräuch und Schwabenstreich aus dem Leben“ schrieb er: „Im Leben begegnet uns oft etwas ganz unerwartet, an das man nicht denkt, und man kann dabei recht in Schaden kommen, wenn nicht gleich das rechte Mittel in die Hand fällt, oder wenn nicht Kopf und Herz einander Beistand leisten.“

Wie unerwartet und grausam sein späterer Enkel im Alter von 61 Jahren zu Schaden kam, musste Johannes N. nicht mehr erleben.

Der Tod von Heinrich N.
in Grafeneck wurde in
Hartheim beurkundet

Sorgsam vertuschte Spuren sollten das Schicksal von Eberhard F. bemänteln

Im Herbst 1911 wurde Eberhard F. in Klosterreichenbach geboren. Die Familie zog nach Nürtingen, als sein Vater, ein Apotheker, hier eine Apotheke übernahm.

Im Jahr 1933 musste Eberhard F. in der evangelischen Heil- und Pflegeanstalt Mariaberg bei Gammertingen untergebracht werden.

Am 1. Oktober 1940 wurde er nach Grafeneck deportiert und dort in der Gaskammer getötet.

Bei dieser Deportation durch die sogenannte Gemeinnützige Kranken-Transport-GmbH (Gekrat) waren laut Liste 97 Pfleglinge der Heilanstalt Mariaberg zum Transport in die damalige Tötungsanstalt Grafeneck vorgesehen. Durch Verhandlungen der Anstaltsleitung mit der Medizinalverwaltung des Württembergischen Innenministeriums konnte die Anzahl auf 56 Kranke reduziert werden.

Am Tag des Abtransports gelang es noch einmal, 15 Pfleglinge zurückzuhalten. Somit wurden „nur“ noch 41 Patienten deportiert und ermordet.

Aus Mariaberg waren es insgesamt 61 Menschen, die den sogenannten Euthanasie-Morden zum Opfer fielen. Laut einer Statistik wurden im Monat Oktober 1940 in Grafeneck 761 Menschen vergast, im Jahr 1940 waren es insgesamt mehr als 10.000 Menschen.

Die Eltern ahnten nichts von der Ermordung ihres Sohnes

Am 8. Oktober 1940 schrieben die Eltern von Eberhard F. einen Brief an den Direktor nach Mariaberg. Darin bestätigten sie den Empfang der Nachricht, dass Eberhard in eine andere Anstalt verlegt worden war. Eine Information über den neuen Aufenthaltsort ihres Sohnes hatten sie bis dahin nicht erhalten.

Zu diesem Zeitpunkt ahnten sie auch noch nichts von seinem Tod. Der 15. Oktober 1940 ist das offizielle Datum, das im Geburtsregister der Familie als Todestag eingetragen worden war. Demnach „starb“ Eberhard F. in Sonnenstein in Sachsen.

In der Opferdatenbank der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein ist sein Name nicht zu finden. Deshalb handelt es sich wohl in diesem Fall um den damals üblichen Aktentausch, der praktiziert wurde, um die Euthanasie-Morde zu vertuschen. Um Nachforschungen von Angehörigen, die wie bei Eberhard F. in der Nähe wohnten, zu unterbinden, gehörten systematische Täuschungsmanöver und Verfälschungen von Ort und Zeitpunkt der Morde zum Alltag in den Tötungsanstalten. Nicht nur die Opfer selbst, sondern auch die Erinnerungen an sie, sollten gründlich ausgelöscht werden.

Eberhard F. 1911–1940

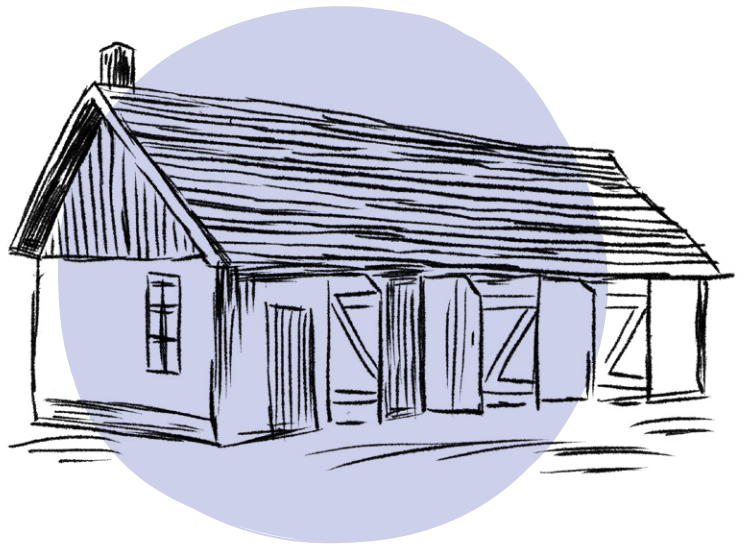
Am 30. Oktober 1940 stellte seine Mutter beim Nürtinger Friedhofsamt den Antrag auf Bestattung der Urne ihres Sohnes, die am 16. November 1940 auf dem Alten Friedhof an der Stuttgarter Straße beigesetzt wurde. Heute ist bekannt, dass man in der Regel den Angehörigen nicht die Asche ihres Verstorbenen schickte. Angehörige, die eine Urne angefordert hatten, erhielten fast immer eine Urne mit irgendwelcher Asche.

Zudem wurden die Urnen nicht von der Münsinger Post verschickt, denn dort wären derartige Massensendungen aufgefallen. Aus diesem Grund gaben Kuriere die Urnen zum Beispiel regelmäßig auf den Postämtern in Stuttgart, Ulm und anderen Orten auf.

Es gab aber in Grafeneck ein sogenanntes Urnenbuch, in dem alle verschickten Urnen eingetragen wurden. Die Nummer jeder einzelnen Urne war dieselbe, die den Patienten bei der Abholung in der Anstalt als Personenkennziffer mit Tintenstift auf den Rücken oder Arm geschrieben worden war. Vom Augenblick des Einstiegs in den sogenannten „grauen Bus“ zählte nur noch diese Nummer.

Der Name des Patienten, wie auch später seine Asche, hatte für die Täter des NS-Regimes jede Bedeutung verloren.

Eberhard F. war, so weit bis jetzt bekannt, mit 29 Jahren das jüngste Nürtinger Euthanasie-Opfer.



Eberhard F. war, soweit bis jetzt
bekannt, das jüngste Nürtinger
Opfer der Euthanasie-Morde

Sie wurde in Grafeneck ermordet

Im Sommer 1890 wurde Elsa Emma Bertha als erstes Kind ihrer Eltern Albert und Anna Karoline S. in Sindringen (Gemeinde Forchtenberg) geboren und evangelisch getauft. Sie hatte acht jüngere Geschwister. Als ihr Vater, ein Oberlehrer, im August 1904 nach Neckarhausen versetzt wurde, kam die Familie hierher. Nach dem Tod des Vaters im Jahr 1913 zog die Mutter mit ihren Kindern in die Nürtinger Kernstadt.

Im Juli 1939 kam die Haustochter und Kinderpflegerin von Nürtingen aus, nach einem Zwischenaufenthalt im Krankenasyll Bethanien in Winterbach, in die private Heilanstalt Christophsbad nach Göppingen. Elsa S. war 49 Jahre alt und litt seit 15 Jahren an einer schweren psychischen Erkrankung. Am 17. April 1940 wurde sie „ungeheilt“ in die staatliche Heil- und Pflegeanstalt Weinsberg verlegt. Zu dieser Zeit fungierte auch die Anstalt Weinsberg als sogenannte „Zwischenanstalt“ auf dem Weg in die Gaskammer. In den insgesamt acht Zwischenanstalten, die im ganzen Deutschen Reich eingerichtet worden waren, wurden die Patienten systematisch für den Transport in die Gaskammern erfasst und unproblematisch „weggeschafft“.

Bürokratische Vorbereitung des Massensmords

Über den Ablauf dieses ersten Transports vom Christophsbad nach Weinsberg gab ein Erlass des Innenministeriums genaue Auskunft: „Die vorgesehene Verlegung von 40 weiblichen Staatspfleglingen von Göppingen nach Weinsberg kann nunmehr nach fernmündlicher Rücksprache von Ministerialrat Dr. Stähle mit der Gemeinnützigen

Krankentransport-Gesellschaft (Gekrat) erfolgen.“ Gekrat war der Tarnname für eine Abteilung, die den Transport von kranken und behinderten Menschen in die Ermordung organisierte. Konnte eine dieser Patientinnen aus schwerwiegenden Gründen nicht verlegt werden, trat an ihre Stelle eine andere, deren Name am Ende der Liste als „Zusatz“ aufgeführt war. Das Personal vom Christophsbad wurde aufgefordert, sämtliche Krankengeschichten und Personalpapiere der Kranken an die Mitarbeiter in Weinsberg zu übergeben. Anschließend sollten die Angehörigen und Kostenträger von der Verlegung verständigt werden.

Im Februar 1940 waren die Direktoren der Heime offiziell von Dr. Eugen Stähle (1890–1948), dem Leiter des Gesundheitsdienstes im Stuttgarter Innenministerium, über die anlaufende „Euthanasie“-Aktion informiert worden. Dies war ein verschleiender und beschönigender Begriff für die Morde an körperlich- und geistig behinderten Menschen. Stähle war der höchste Medizinalbeamte Württembergs und für die Organisation der sogenannten Euthanasie zuständig. Er soll maßgeblich an der Auswahl des sich auf der Alb befindenden Schlosses Grafeneck als Tötungsanstalt beteiligt gewesen sein und war dort wohl mindestens einmal bei Vergasungen von Frauen anwesend.

Als trotz aller Geheimhaltungsbemühungen die Krankenmorde in der Bevölkerung bekannt wurden, soll er gegenüber Vertretern der Kirchen gesagt haben: „Das 5. Gebot, du sollst nicht töten, ist gar kein Gebot Gottes, sondern eine jüdische Erfindung.“

Elsa S.

1890–1940

Vergeblicher Rettungsversuch

Vermutlich hatte auch die Familie von Elsa S. von den Gräueltaten auf der Alb erfahren. Denn noch im Oktober 1940 unternahmen ihre Geschwister den Versuch, Elsa von Weinsberg nach Hause zu holen. Ihre jüngere Schwester begründete die Entlassung mit der eingetretenen Besserung der Erkrankung, woraufhin die Anstaltsleitung den Antrag der Familie mit der Begründung ablehnte, man müsse erst abwarten, „ob die eingetretene Besserung anhalte“.

Am 10. Dezember 1940 wurde Elsa S. in Weinsberg entlassen oder „verlegt“, wie der offizielle Begriff für diese Art Entlassung lautete. Über die letzte Verlegung ihrer Schwester wurde die Familie zuvor nicht informiert. Auch ist auf ihrem Patientenblatt nicht dokumentiert, wohin man sie entlassen hat. Auf der Transportliste, die heute noch erhalten ist, ist zwar ihr Name zu finden, ein Zielort wurde aber auch hier nicht vermerkt. Der 17. Dezember 1940 ist als ihr „offizieller“ Todestag in Grafeneck beurkundet.

Verschleierung der Mordaktion

Da die Patienten in der Tötungsanstalt in der Regel am Tag ihres Eintreffens ermordet wurden, fälschte man dort die Daten, um eine möglicherweise in der Öffentlichkeit bekannt werdende Häufung von Todesfällen zu vermeiden. Zusammen mit einer fiktiven Todesursache erhielten die Angehörigen ein Beileidsschreiben, in dem es unter anderem hieß, dass die Leiche aus seuchenpolizeilichen Gründen verbrannt worden sei. Allein im Monat Dezember 1940 wurden in Grafeneck mehr als 500 Personen vergast, im gesamten Jahr 1940 waren es mehr als 10.000 körperlich- und geistig behinderte Menschen, die dort Opfer dieser furchtbaren Vernichtungsaktion wurden.



Laut Nazi-Regime und dessen Begrifflichkeit sollten all die „nutzlose Esser und Ballastexistenzen ... ausgemerzt“ werden, „die in Irrenhäusern ... verwahrt und für das Reich von keinem Nutzen mehr waren“. Besonders nach Kriegsbeginn hatte die Forderung Hitlers, Ärzte, Pfleger, Krankenbetten und andere Einrichtungen für kriegswichtige Zwecke „freizustellen“, höchste Priorität.

Als Familie S. im Dezember 1940 die Nachricht von Elsas Tod erhielt, wurde sie auch darüber informiert, dass ihre Tochter und Schwester angeblich an „einer plötzlich eingetretenen Gehirnhautentzündung“ gestorben sei. Ihre Familie war nach dem Krieg vom gewaltsamen Tod Elsas überzeugt, denn in einer heute noch vorhandenen Akte ist genau das dokumentiert, was die Familie vermutet hatte und was letztlich zur traurigen Gewissheit wurde, dass nämlich Elsa „in Grafeneck ermordet worden ist, wie so viele andere, die das gleiche Schicksal dort erlitten“.

Die Angehörigen erhielten ein amtliches Beileidsschreiben

Sie strickte unermüdlich Strümpfe

Ernestine S. wurde 1873 in Markgröningen geboren und heiratete im Jahr 1905 einen Oberensinger Steinhauer. Das Ehepaar wohnte hier und hatte vier Kinder, von denen zwei im ersten Lebensjahr starben. Nach dem Tod ihres Mannes im Jahr 1932 bekam Ernestine S. eine schwere psychische Erkrankung, die anfänglich in der Tübinger Universitäts-Nervenklinik behandelt wurde. Von dort aus kam sie 1934 in die Heilanstalt Weißenau bei Ravensburg. Dort soll sie sich gut eingelebt und unermüdlich Strümpfe gestrickt haben. Ernestine S. sei eine ruhige, stille Kranke, die mit jedermann gut auskomme und friedlich ihrer Arbeit nachgehe, hieß es.

Am 1. August 1940 wurde sie von Weißenau aus in die Landes-Pflegeanstalt Grafeneck verlegt und dort am selben Tag in der Gaskammer getötet. Im Januar 1940 hatten in Grafeneck die sogenannten Euthanasie-Morde begonnen, die dort bis Dezember 1940 ausgeführt wurden. Ab September 1939 waren die Anstalten und Einrichtungen des ganzen Reiches aufgelistet worden, parallel dazu wurden die Patienten und Bewohner all dieser Heime systematisch in Meldebögen erfasst.

Gezielt wurden vier Gruppen der sich in den Anstalten befindenden Personen in die Meldebogenaktion einbezogen, die man treffender als „Selektion in die Ermordung“ bezeichnen kann: Es waren unter anderem die Menschen,

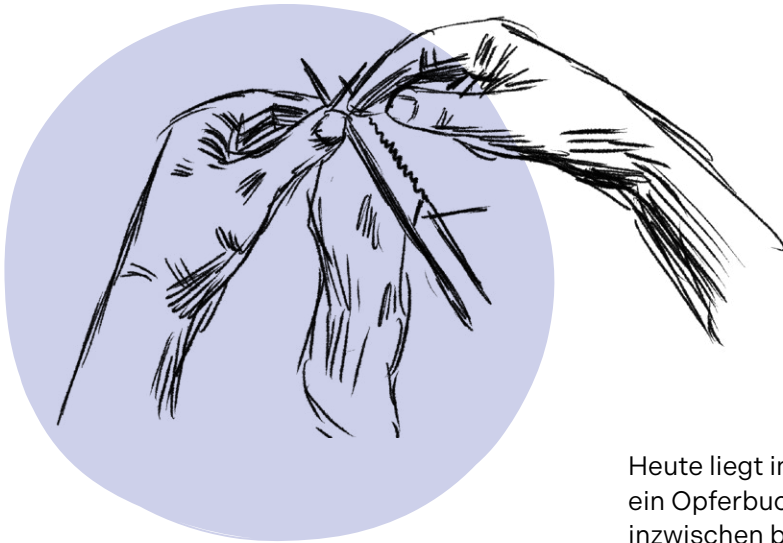
deren Arbeitsfähigkeit eingeschränkt war und die, die sich länger als fünf Jahre in einer Anstalt aufhielten. Zu dieser Gruppe gehörte Ernestine S., 67 Jahre war sie alt geworden. Der 14. August 1940 ist als ihr Sterbetag in Grafeneck dokumentiert.

Das Sterbebuch entsprach in den wenigsten Fällen den realen Tatsachen. Da die Patienten in der Tötungsanstalt in der Regel am Tag ihres Eintreffens ermordet wurden, fälschte man dort die Daten, um eine Häufigkeit zu vermeiden. Zusammen mit einer fiktiven Todesursache erhielten die Angehörigen ein Beileidschreiben, dessen Einheitswortlaut besagte, dass der Tod für den Betreffenden eine Erlösung dargestellt habe. Ihre Leichen waren, wie es hieß, aus seuchenpolizeilichen Gründen verbrannt worden.

Die beiden Söhne von Ernestine S. forderten die Urne ihrer Mutter an, um sie auf dem Oberensinger Friedhof beizusetzen. Im Grab ihres Mannes sollte Ernestine S. ihre letzte Ruhe finden. Heute ist davon auszugehen, dass es nicht die Asche ihrer Mutter war, die den Söhnen zugeschickt worden war. Es ist bekannt, dass Angehörige, die in Grafeneck eine Urne angefordert hatten, eine Urne mit irgendwelcher Asche erhielten. Der Name des einzelnen Patienten, wie auch seine Asche, hatte für die Täter des NS-Regimes jede Bedeutung verloren.

Ernestine S.

1873–1940



Heute liegt in der Gedenkstätte Grafeneck ein Opferbuch mit den 7.000 Namen aus, die inzwischen bekannt sind. Es waren aber mehr als 10.000 Männer und Frauen, Kinder und Jugendliche, mit geistiger Behinderung oder psychischer Erkrankung, deren Leben dort ausgelöscht wurde. Man nannte sie „unnütze Esser“ oder „Ballastexistenzen“, weil sie nicht den Nützlichkeitskriterien der Täter genügten. Allein in Württemberg und Baden waren 40 Einrichtungen von den sogenannten Euthanasie-Morden betroffen. Was diese Zahlen verschweigen, sind die Begleitumstände und das schreckliche Leid, das den einzelnen Opfern widerfahren war. Nur ein kleiner Teil der Täter wurde nach dem Krieg vor Gericht gestellt und bestraft. Die meisten kehrten in die Gesellschaft zurück, aus der sie gekommen waren.

Menschen wie Ernestine S.
nannte man „unnütze Esser“
oder „Ballastexistenzen“

Ein NS-Mordopfer aus Wolfschlugen

Karl Wilhelm Balz wurde 1870 in Wolfschlugen als drittes und erstes überlebendes Kind seiner Eltern geboren. Sein Vater Gottlob Wilhelm war Tagelöhner. Die Mutter Regina, geborene Süß, gebar weitere drei Kinder, von denen nur eines überlebte. Als Karl sieben Jahre alt war, starb sie im Alter von nur 32 Jahren. Der Vater heiratete kurz nach ihrem Tod erneut. Seine neue Frau brachte eine Tochter mit in die Ehe.

Acht Monate nach der Eheschließung gebar sie einen Sohn. Karl wurde zu Verwandten gegeben. Von seinen vier Halbgeschwistern starben zwei schon kurz nach der Geburt. Nach der Beendigung der Volksschule arbeitete Karl Balz bei Bauern, als Gipser und Waldarbeiter. Mit 26 Jahren heiratete er die gleichaltrige Christiane Stoll. Innerhalb von 13 Jahren wurden ihnen zehn Kinder geboren, sieben überlebten.

Die Familie lebte in der Waldhäuser Straße in einem kleinen Häuschen in äußerst beengten Verhältnissen. Die Kinder arbeiteten nach der Schule bei Bauern für Naturalien. Die Mutter besserte das karge Haushaltsgeld durch Stickerarbeiten auf, die nach Stuttgart an den königlichen Hof und die Wohlhabenden der Stadt verkauft wurden. Oft arbeitete sie bis in die Morgenstunden bei kümmerlichem Licht. Ihr Leben war gegen Ende auch überschattet durch den Tod des ersten Sohnes 1924 als Spätfolge einer Gasverwundung im Ersten Weltkrieg.

Nach dem Tod seiner Frau 1928 traten bei Karl Balz depressive Verstimmungen auf, verbunden mit Selbstanklagen. Da sich diese verfestigten, wurde er in die Tübinger Universitäts-Nervenklinik überwiesen. Nach zehn Monaten wurde er im Juli 1932 in die Heilanstalt Weißenau bei Ravensburg verlegt. Seine Angehörigen besuchten ihn dort in größeren Zeitabständen.

1940 tauchte in Oberensingen ein Mann auf, der aus Weißenau geflohen war und der erzählte, dass die Insassen von dort mit grauen Bussen weggeschafft würden und man nichts mehr von ihnen höre. Daraufhin versuchten zwei seiner Kinder, ihren Vater zu sich zu holen – seine älteste Tochter und deren Mann hatten in ihrem Haus in Oberensingen ein Zimmer für ihn hergerichtet.

Die Ärzte in der Weißenau überredeten sie, den Vater nicht nach Hause mit zu nehmen. Sie wären mit seiner Betreuung überfordert. Bei diesem letzten Besuch sagte ihnen der Vater: „Ich habe schon eine Nummer“ und zeigte ihnen seinen Unterarm, auf dem eine mit Kopierstift geschriebene Zahl stand. Mit dieser Nummer wurde er, statt seines Namens, ab dem Einsteigen in den Bus angesprochen.

Karl Balz wurde am 9. September 1940 mit einem der grauen Busse nach Grafeneck im Kreis Münsingen „verlegt“ und nach der Ankunft dort mit den anderen Businsassen

Karl Wilhelm Balz

1870–1940

durch Gas getötet. Ihre Leichen wurden verbrannt. Dies geschah im Rahmen der sogenannten T4-Aktion, der Vernichtung „lebensunwerten“ Lebens, der in Grafeneck 10.654 und reichsweit mehr als 70.000 Menschen zum Opfer fielen: geistig Behinderte und psychisch Kranke.

Sein Sohn Otto erhielt ein Schreiben der Heilanstalt Grafeneck, in dem ihm der Tod des Vaters (fälschlicherweise als seinen Bruder bezeichnet) aufgrund einer Hirnblutung mitgeteilt wurde mit der scheinheiligen Bemerkung, dass dessen Tod bei seiner Erkrankung letzten Endes eine Erlösung gewesen sei. Weiter hieß es, dass die Angehörigen die Asche des Verstorbenen auf Wunsch gebührenfrei zugesandt bekämen. Besuche in Grafeneck seien aus „seuchenpolizeilichen Gründen“ nicht gestattet. Aus Gründen der Verschleierung wurde als Todesdatum der 19. September angegeben; der Name des Arztes war gefälscht. Otto Balz forderte die Urne nicht an, weil ihm klar war, dass diese irgendeine Asche, jedoch nicht die seines Vaters enthalten würde. Er wusste Bescheid.



Initiiert durch seine Enkelin Irene Kaßberger und ihren Mann, unterstützt von weiteren Verwandten, wurde für Karl Balz und vier weitere Opfer der NS-„Euthanasie“-Morde aus Wolfslugen auf dem dortigen Waldfriedhof im Bereich des Kriegerdenkmals eine Gedenkstätte geschaffen. Sie wurde von Opfer-Angehörigen sowie mit Spenden, vor allem vom

Männerfrühstück und dem evangelischen Frauenkreis von Wolfslugen finanziert und am Volkstrauertag 2015 eingeweiht. Dies war möglich durch den einstimmigen Beschluss des Gemeinderates, empfohlen von Bürgermeister Matthias Ruckh, der die erforderliche Unterstützung durch Mitarbeiter des Rathauses zur Realisierung des Projekts ermöglichte.

Karl Balz wurde am 9. September 1940 mit einem der grauen Busse nach Grafeneck „verlegt“ und dort durch Gas getötet

Sie war die Nummer 51 auf der Todesliste

Nur wenig ist in Nürtingen über Mathilde S. bekannt. Und auch die Spuren, die sie im Gottlob-Weißer-Haus der Diakonissenanstalt Schwäbisch-Hall hinterließ, wo sie mehr als dreißig Jahre lebte, wurden ausgelöscht. Nichts mehr sollte an die Gräueltaten erinnern, bei denen 1940/41 das NS-Regime im Deutschen Reich mehr als 70.000 psychisch Kranke und geistig Behinderte in Gaskammern ermordete. Eine von ihnen war Mathilde S. aus Nürtingen.

Im Jahr 1871 in Hofs bei Leutkirch geboren, hatten sie und ihre Geschwister schon früh die Mutter durch Tod verloren. Als ihr Vater Johann Georg S., Landjäger von Beruf, im Jahr 1877 in Nürtingen seine zweite Frau heiratete, kam Mathilde mit hierher. Von 1890 bis zu seinem Ruhestand 1904 war der Vater in Nürtingen als Oberamtsdiener tätig. Die Familie wohnte zu dieser Zeit in einer Dienstwohnung in der Kirchstraße. Ihr Vater starb 1914, die Stiefmutter 1918.

Im Alter von 29 Jahren ereilte die ledige Mathilde S. eine psychische Krankheit. Deshalb wurde sie im Oktober 1910 im Gottlob-Weiser-Haus der Diakonissenanstalt in Schwäbisch Hall aufgenommen. Ihre Patientenakte ist nicht mehr auffindbar. Allerdings kann im Nürtinger Stadtarchiv in einem Protokoll der Armendeputation nachgelesen werden, dass Mathilde S. im Jahr 1920 „ihr Vermögen aufgebraucht“ hatte. Daraufhin beschloss die hiesige Ortsarmenpflege, ihre Verpflegungskosten in Schwäbisch Hall zu übernehmen.

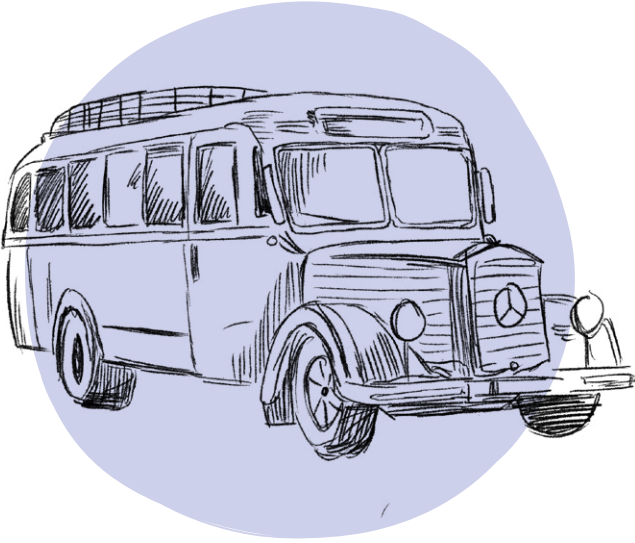
Die Räumung der Diakonissenanstalt Schwäbisch Hall

Im Jahr 1940 war sie 69 Jahre alt und seit vierzig Jahren krank. Noch immer lebte Mathilde S. – gut geschützt – in der Heilanstalt Schwäbisch Hall. Als im Juli 1940 eine Mahnung des Reichsinnenministeriums bezüglich der Meldepflicht von Behinderten die Haller Diakonissenanstalt erreichte, mussten die leitenden Mitarbeiter entsprechende Meldebögen ausfüllen. Für die Kranken, die sie meldeten, war dies das Todesurteil. Den Ernst der Situation für die ihnen Anvertrauten erkannten alle. In den kommenden Wochen setzte sich der zuständige Pfarrer mit den Angehörigen der Patienten in Verbindung, um sie dazu zu bewegen, ihre kranken Familienmitglieder nach Hause zu holen.

Da die Gebäude der Diakonissenanstalt für von den Nazis so genannte „Volksdeutsche“ aus Bessarabien geräumt werden mussten, wurde zudem versucht, für 550 geistig behinderte Menschen Unterkünfte in anderen Anstalten der Inneren Mission zu finden. Nur die damals so genannte Staatsirrenanstalt Weinsberg, die der sogenannten Euthanasie-Aktion als Zwischenanstalt auf dem Weg in die Gaskammern diente, erklärte sich zur Aufnahme von 240 Patienten bereit. Dort war Platz für Nachfolgende, da die ersten eigenen Patienten dieser Heilanstalt schon nach Grafeneck „verlegt“, aber in der dortigen Gaskammer getötet worden waren. So kam Mathilde S. am 19. November 1940 in Weinsberg an. Von Anfang an war geplant, dass sie sich dort „nur vorübergehend“ aufhalten sollte.

Mathilde S.

1871–1941



Einige Monate später, genau am 10. März 1941, war Mathilde S. wieder unterwegs, dieses Mal in einem sogenannten „grauen Bus“. Ein ehemals roter Postbus war jetzt für diese Transportzwecke grau lackiert, die Fenster des Busses mit Farbe überstrichen. So konnte niemand weder hinein- noch hinausschauen.

Offiziell war der Bus mit „unbekanntem Ziel unterwegs“. Heute weiß man, dass sein Ziel die Gaskammer der sogenannten Tötungsanstalt Hadamar bei Limburg an der Lahn war. Die Transportliste für die Fahrt am 10. März 1941 ist noch vorhanden. Unter der laufenden Nummer 51 ist hier der Name von Mathilde S. aufgeführt. Eine zweite Nürntingerin, Rosa S. (1893–1941), saß im selben Bus. Wie Mathilde S. wurde auch sie noch am Tag der Ankunft in Hadamar durch Kohlenmonoxidgas ermordet. Eine weitere Frau, Maria Katharina M., die 1892 in Tübingen geboren wurde und ihre Kindheit in Nürtingen verbrachte, brachte man von der Anstalt Heggbach über Weinsberg nach Hadamar. Sie erlitt im April 1941 dasselbe Schicksal.

Hadamar heute

Anders als in Grafeneck blieben in der ehemaligen Landesheilanstalt Hadamar die historischen Räume erhalten. Nach dem Krieg zu einer Gedenkstätte mit Dauerausstellung und Archiv mit Gedenkbuch umgebaut, zeugen sie von den unmenschlichen Gräueltaten eines verbrecherischen Regimes, das unheilbar Kranke unter anderem als „Ballastexistenzen“ betrachtete und sie deshalb auf so grausame Art entsorgte.

Im Untergeschoss des damaligen Hauptgebäudes befindet sich die 1941 als Duschkammer getarnte Gaskammer – nur etwa zwölf Quadratmeter groß, der Boden mit schwarz-weiß-gemusterten Kacheln gefliest. Bedrückend auf die Besucher wirken auch der ehemalige Sezierraum und die beiden Krematorien, aus denen im Jahr 1942 die Öfen ausgebaut wurden. Die denkmalgeschützte Busgarage auf dem Außengelände wurde restauriert und steht heute wenige Meter vom Originalstandort entfernt.

Mehr als 10.000 Menschen wurden von Januar bis August 1941 in Hadamar mit Kohlenmonoxidgas getötet und sofort in den koksbeheizten Öfen eingeäschert. Wenige Tage nach der Ermordung erhielten Angehörige und Standesämter gefälschte Sterbeurkunden, die eine natürliche Todesursache auswiesen. Offiziell soll Mathilde S. an einem Hirnschlag gestorben sein, zwei Wochen später, in der Heilanstalt Sonnenstein bei Pirna in Sachsen.

Mathilde S. wurde am 10. März 1941
in Hadamar ermordet

Hermann Höss

Karl Gerber

Werner Gross

Irmgard Maier

Eugen Maier

Ernst Planck

Paula Planck

Sofie Blind

Gretel Knauß

Ludwig Knauß

Otto Schober

...

Verfolgt aus politischen Gründen



Mit ungeheurer Geschwindigkeit setzte Adolf Hitler nach seiner Ernennung zum Reichskanzler wichtige Grundrechte außer Kraft. Kommunistische Druckschriften und Versammlungen wurden verboten, bereits in der Nacht zum 11. März 1933 die Kommunisten Karl Gerber, Werner Gross, Gustav Diem und Hermann Berg abgeholt, zunächst in das Rottenburger Gefängnis, dann in das eilig eingerichtete „Schutzhaftlager“ Heuberg bei Stetten am kalten Markt gebracht. Ludwig Knauß, Rudolf Schulmeister und Hans Sontheimer versteckten sich und flohen ins Ausland. Grundlage für diese ersten raschen Festnahmen war eine beim Polizeipräsidentium Stuttgart schon länger angelegte Kartei über Kommunisten.

Weitere Verhaftungswellen folgten im April und Mai 1933. Es war der Auftakt und Beginn der Leidenszeit der Menschen, die sich dem NS-Regime nicht beugen wollten und ihrer politischen

Überzeugung treu blieben. Alle diese Männer und Frauen mussten Gefängnisstrafen, Aufenthalte in Zuchthäusern und willkürlich angeordnete „Schutzhaft“ in verschiedenen KZ durchleben. Viele waren bis zum Ende des 2. Weltkrieges und des NS-Regimes eingesperrt und zu gesundheitlich und seelisch schwerst beschädigten Opfern geworden.

Auch die Angehörigen und Freunde der politisch Verfolgten hatten unter schweren Repressalien und Drohungen zu leiden. Selbst nach dem Ende des Krieges und der Diktatur fanden sich diese Menschen und ihre Familien als Außenseiter einer Gesellschaft wieder, die noch lange nicht bereit und in der Lage war anzuerkennen, was den politischen Gegnern des Regimes angetan worden war.

Abbildung oben: Konzentrationslager auf dem Heuberg, verharmlosendes Pressefoto vom 20. April 1933

Von 1933 bis zum Kriegsende in mehreren Konzentrationslagern inhaftiert

Hermann Höss wuchs mit drei Stiefgeschwistern in Unterensingen auf. Seine Mutter Rosina Schäfer stammte aus dem „Rössle“ in Wolfschlugen. Nach seiner Lehre als Zimmermann arbeitete er in Reutlingen als Möbelschreiner.

Er war Mitglied der Roten Bergsteiger. Diese Thälmann und Trotzki nahestehende KPD-Widerstandsgruppe war im „Dritten Reich“ aus Arbeiterbewegung und Naturfreunden entstanden. 1933 wurde Höss im KZ Heuberg in „Schutzhaft“ genommen. 1935 wurde er wegen „fortgesetzter Untergrundtätigkeit“ mit Eugen Maier und anderen erneut verhaftet. Nach ein- einhalb Jahren Untersuchungshaft in Stuttgart und Vernehmungen im „Hotel Silber“, Sitz der Politischen Polizei, lautete das Urteil des Oberlandesgerichts Stuttgart 1937 auf drei Jahre Zuchthaus, wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“.

Von 1937 bis 1940 kam Höss als politischer Häftling zur Zwangsarbeit im Moor in die Emsland-Lager bei Papenburg. 1933 war dort das „Moorsoldaten-Lied“ entstanden. Es wurde zur Hymne des NS-Widerstands, in Spanien das Lied der Internationalen Brigaden, in Frankreich das Lied der Résistance.

„Steht ein Dörflein mitten im Walde“

Ab 1940 war Höss Häftling im KZ Buchenwald vor den Toren von Weimar. Er arbeitete in den Steinbrüchen als Bauschreiner. Diese Arbeit galt als die härteste. Mithäftlinge waren Ernst

Thälmann, Willi Bleicher, Dietrich Bonhoeffer, Paul Schneider, Bruno Apitz, Léon Blum, Edouard Daladier, Jean Améry, Stéphane Hessel, Imre Kertész. Viele Gefangene wurden ermordet oder starben an den unmenschlichen Bedingungen und medizinischen Versuchen. Sowjetische Kriegsgefangene wurden sofort erschossen. Die Inschrift des Lagertors „Jedem das Seine“ wurde von Bauhaus-Architekt und Mit-Häftling Franz Ehrlich auf Befehl der Nationalsozialisten entworfen. Zur Unterhaltung der SS war das Lied „Steht ein Dörflein mitten im Walde“ Teil des täglichen Appells. Heute ist das „Buchenwald-Lied“ fester Bestandteil von Gedenkfeiern zum Jahrestag der Befreiung.

Kurz vor der Befreiung schickte die SS 28.000 Häftlinge, über die Hälfte, auf Todesmärsche. Am 11. April 1945 erreichten Einheiten der 3. US-Armee Weimar. Die SS floh, Häftlinge des geheimen Widerstands öffneten das Lager von innen. Die Kapitulation wurde am 8. Mai unterzeichnet, dem Geburtstag von Hermann Höss. Die Selbstbefreiung der Gefangenen wurde später in der DDR mit dem Roman „Nackt unter Wölfen“ von Bruno Apitz zur Pflicht-Lektüre und zum Gründungs-Mythos der DDR. Der Roman wurde 1963 mit Armin Mueller-Stahl verfilmt. Mit den Leichenbergen konfrontiert, gab die Mehrheit der Einwohner von Weimar an, nichts oder wenig von den Vorgängen im Lager gewusst zu haben. Die Zahl der Todesopfer wird auf 56 000 geschätzt.

Hermann Höss

1909–1970

DDR-Bürger

Hermann Höss gründete eine Familie in Bad Sulza, hielt aber Kontakt nach Unterensingen, auch nach dem Mauerbau 1961. Nach Gründung der DDR 1949 teilte er zunächst die Aufbau-Euphorie der ersten Jahre, trat aber nicht in die SED ein. Den Mauerbau befürwortete er nicht: „Wie die das umsetzen, entspricht nicht unseren Idealen“. Er arbeitete weiter in den Steinbrüchen und zog sich ins Privatleben zurück. Doch habe er seinen Kindern oft noch das „Moorsoldaten-Lied“ vorgesungen. Der solidarische Widerstand der Roten Bergsteiger wurde 1967 in der ersten Fernsehserie der DDR verfilmt.

1970 starb Hermann Höss mit 61 Jahren an Herz-Problemen, vor der Öffnung der Mauer 1989.



Hermann Höss lebte
nach dem Krieg
in der DDR

Politischer KZ-Häftling, „Chronist der Hölle“ und Künstler

Herkunft und Politisierung

Karl Gerber wurde am 11. Juli 1906 in Nürtingen geboren. Sein Vater, ein Rotgerber, verdiente den kärglichen Lebensunterhalt für die Familie. Deshalb erfuhr er, nach eigenen Worten, nur eine „mangelhafte“ Schulbildung, war aber zeitlebens angetrieben von einem umfassenden Wissensdrang. Nach Ende des 1. Weltkrieges herrschte in Nürtingen Not, Armut und Arbeitslosigkeit, unter der auch Karl Gerber nach Ende der Schulzeit litt, bis er als Lagerist im Nürtinger Konsumverein eine Anstellung fand. Er schloss sich der Kommunistischen Partei an und machte die Bildungsarbeit der Parteifreunde zu seiner Aufgabe. Er pflegte einen regen Briefwechsel mit sozialistischen, politisch engagierten Schriftstellern und reiste 1931 in die Sowjetunion.

Die Gruppe der Nürtinger Kommunisten hatte einen starken Kern, der der steigenden Macht und Willkür der NSDAP und SA die Stirn bot. Nach der Reichstagswahl am 5. März 1933 schlug der Machtapparat jedoch zu.

Willkür und Tyrannei

In der Nacht vom 10. auf den 11. März erfolgte die Festnahme der Kommunisten Karl Gerber, Werner Gross, Gustav Diem und Hermann Berg. Sie wurden in dem ersten württembergischen KZ Heuberg auf der Schwäbischen Alb eingesperrt.

Karl Gerber trat nach seiner Entlassung im Herbst 1933 offiziell aus der KPD aus, hielt aber weiter engen Kontakt zu den Parteifreunden. Er gründete eine Familie mit Emilie Gerber, geb. Haug aus Neuffen, im Jahr 1937 kam der Sohn

Walter auf die Welt. Im November 1939 wurde Karl Gerber wieder eingesperrt, über Wochen in Einzelhaft im Gefängnis in Esslingen Verhören unterzogen. Von dort kam er in die gefürchtete „Büchschmiederei“ in Stuttgart, um schließlich in das „Schutzhaftlager Welzheim“ überführt zu werden. Nach einem Jahr wurde er als „Politischer“ in das KZ Dachau gebracht, dann in das Männerlager des KZ Ravensbrück transportiert und schließlich am 13. Januar 1945 in das Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau „verschubt“. Dort gelang es ihm, sich in eine Häftlingsgruppe einzuschleichen, die die Bewährungsdivision Dirlewanger verstärken sollte. Nach einigen Wochen konnte er fliehen und kam in russische Kriegsgefangenschaft.

Dort floh er wiederum und schlug sich, zum Sterben krank, im Herbst 1945 durch nach Hause zu seiner Frau, der er in hohem Maße verdankte, dass er überhaupt noch lebte. – Im Februar 1944 war es ihr gelungen, Zugang zum KZ Ravensbrück zu erhalten. Dort rang sie dem Leiter der Gestapo ab, dass ihr lebensbedrohlich erkrankter Mann Medikamente bekam, die sie für ihn beschafft hatte. Auf dieser Reise begleitete sie ihr damals 7-jähriger Sohn.

Zeitzeuge und Chronist

Nach seiner Heimkehr musste Karl Gerber erleben, dass kaum jemand sich erinnerte, wie in Nürtingen der Machtapparat des 3. Reiches funktioniert hatte.

Die ehemaligen kommunistischen Freunde schienen sich gegenseitig wenig zu vertrauen. Nur Ernst Planck, Vorsitzender der Nürtinger Spruchkammer, stand zu Karl Gerber, stellte

Karl Gerber

1906–1983



ihn als Mitarbeiter an und ermöglichte ihm, an der Aufdeckung der „systemischen Ursachen des Naziregimes“ mitzuarbeiten. Sein besonderes Augenmerk galt dabei Firmen, die Zwangsarbeiter beschäftigt hatten, unter oft menschenunwürdigen Bedingungen. Dennoch wurden die dafür Verantwortlichen am Ende oft nur als Mitläufer eingestuft und nicht zur Verantwortung gezogen. Im Fall Heller z.B. waren Akten zum Verhandlungstermin „nicht mehr auffindbar“.

In dieser Zeit begann er mit der Niederschrift seines Lebens als Häftling in den Gefängnissen und KZ, dem „Lagerbuch“. Er „sah es als eine notwendige Aufgabe, was ich sah und erlebte, niederzuschreiben.“ Der Leser nimmt teil an dem „Festhalten an einem Leben, das verwirrt war und nur noch der Sehnsucht angehörte.“ – „Ich vermochte“, so sind seine eigenen Worte, „mein innerstes Selbst abzukapseln und zu

schützen gegen die verzehrende Hoffnungslosigkeit, gegen den Schmerz des Heimwehs, weil ich um der inneren Freiheit willen die Heimatlosigkeit erduldeten“.

Der Künstler

In dieser Zeit entstanden auch die Zeichnungen und Gedichte, von denen er manche seit der KZ-Zeit im Gedächtnis bewahrt hatte. Belastet von dem entwürdigenden Ringen um Anerkennung als Geschädigter und um Wiedergutmachung, musste er darum kämpfen, seinen Lebensunterhalt verdienen zu können. Er willigte schließlich ein, bei der Stadt als „Amtsbote“ angestellt zu werden.

1962 starb seine erste Frau. Er ging eine zweite Ehe ein mit Lieselotte Gerber, geb. Ramsauer, die ihm ein geschütztes Zuhause schuf.

Nachdem er vorzeitig invalidisiert wurde, gab er sich ganz der Fortentwicklung seiner künstlerischen Ausdrucksmöglichkeiten hin. Es entstand ein Kosmos von Bleistiftzeichnungen. Die schwer zu zeichnende Silberdistel wurde zu seinem Lieblingsmotiv. Er schuf Gedichte, aus denen eine existentielle Seelenverwandtschaft mit Hölderlin spricht.

Seine künstlerische Produktivität hat ihm, zu seiner eigenen Verwunderung, öffentliche Anerkennung verschafft.

Karl Gerber starb 1983 im Alter von 77 Jahren.

„Ich vermochte mein innerstes Selbst abzukapseln und zu schützen gegen die verzehrende Hoffnungslosigkeit.“

Ein Leben zwischen Widerstand und Hoffnung

Weil er Kommunist war, musste Gross die meiste Zeit von 1933 bis 1945 in Gefängnissen und Lagern verbringen. Doch seine Geschichte beginnt nicht mit der Macht-ergreifung der NSDAP und sie endet nicht mit ihrer Kapitulation.

Weg in die Politik

Werner Gross wuchs in einer Nürtinger Gastwirtschaft auf, dem „Waldhorn“ im ehemaligen Salemer Hof. Als er 16 Jahre alt war, 1923, verkaufte der Vater die Wirtschaft und wechselte zum Nürtinger Zementwerk. Der Sohn ließ sich hier zum Mechaniker ausbilden, doch es hielt ihn nicht in der Heimat: In Dessau sollte seine erste Stelle sein, die er 1927 antrat. Weltereignisse durchkreuzten seine Pläne und guten Leistungen: „Wegen Arbeitsmangel“ wurde er ein erstes, ein zweites, ein drittes Mal entlassen. 1930 musste er wieder bei den Eltern einziehen und von ihrer Unterstützung leben.

Gross erklärte später, die Arbeitslosigkeit habe einen Politiker aus ihm gemacht. Er suchte Erklärungen für die Krise, die nicht nur seinen Lebenslauf jäh zerrissen hatte. Er versuchte es bei den Nationalsozialisten, deren Antworten ihn abstießen. Gesprächspartner fand Gross stattdessen bei der damals größten Nürtinger Partei: den Kommunisten. Schulkamerad Ernst Planck war schon dabei. Der ein Jahr ältere Karl Gerber organisierte ein reiches Kulturprogramm, stand im Austausch mit Künstlern und sozialistischen Vordenkern. Durch einen von ihm vermittelten Kurs erhielt Gross eine Perspektive: „den Aufbau einer neuen Gesellschaft.“

Die Nazis an der Macht

Stattdessen übernahmen im Januar 1933 die Nazis die Macht. Politische Gegner wurden ausgeschaltet. Am frühen Morgen des 11. März

nahm die Polizei die Nürtinger Kommunisten als „Funktionäre“ fest. Werner Gross hatte gar kein Amt in der KPD, war einfaches Parteimitglied. Trotzdem kam er „in Schutzhaft“: erst in Rottenburg, dann in einem der ersten Konzentrationslager auf dem Heuberg bei Stetten am kalten Markt. Nach vier Monaten schilderte Gross nur noch „ausgehungerte, ausgemergelte, frierende Proletariargestalten“ und zählte die Toten.

„Ändere doch bloß Deine Gesinnung“ bat ihn seine Mutter, „schicke Dich in Deine jetzige Zeit“. Anfang Juli kam Werner Gross vorläufig frei. Er schickte sich nicht in die braune Zeit, sammelte für die „Rote Hilfe Deutschlands“, eine kommunistische Hilfsorganisation, und traf Gleichgesinnte. Immer wieder wurde er in Nürtingen eingesperrt. 1935, Werner Gross kam gerade von der Arbeit, nahm ihn die Gestapo am Nürtinger Bahnhof fest. Im berühmten „Hotel Silber“, der Stuttgarter Gestapo-Zentrale, sollte er ein fertiges Schuldbekenntnis unterschreiben. „Ich wurde geprügelt, getreten und misshandelt ... ‘Wenn du nicht unterschreibst, wirst du morgen erschossen’“, berichtete Werner Gross später. Er unterschrieb nicht.

Leidensweg durch die KZs

Nun ließ ihn der NS-Terror nicht mehr los. Selbst als er beteuerte, „mich in jeder Beziehung an den heutigen Staat anzupassen“, spielte das keine Rolle mehr. Untersuchungshaft in Cannstatt, Zuchthaus in Ludwigsburg, „Umschulungslager“ in Welzheim, Konzentrationslager in Dachau - jede Station steigerte die Gewalt. Bei der Ankunft in Dachau mussten Werner Gross und die anderen Neuzugänge so lange Sport treiben, bis zwei tot liegenblieben. „Oftmals um 3 Uhr im Sommer von den Strohsäcken - zwei Stunden beim Appell - um

Werner Gross

1907–1950

6 Uhr zur Arbeit – eine halbe Stunde Mittagessen und dann bis um 6 Uhr abends weiter. Anschließend eine bis zwei Stunden Appell, erst dann kamen wir todmüde auf den Block zurück“, dazu mörderische Arbeit. Werner Gross' Berichte vom KZ sind uferlos: Menschen wurden ausgepeitscht bis zum Tod, rücklings aufgehängt an Pfählen, vom Dach gestoßen, um eine Wette unter SS-Leuten zu erfüllen. 1939 war Werner Gross vorübergehend in Mauthausen. Von 1600 Gefangenen kehren 250 nach Dachau zurück.

Später blieb er als „Stubenältester“ ein wenig geschützt und versuchte Mithäftlinge vor der Deportation in Vernichtungslager zu bewahren. Die Verlegung des Nürtinger Freundes Karl Gerber konnte er nicht verhindern. Bevor die

Amerikaner 1945 das Lager besetzen konnten, zwang ihn die SS auf einen Gewaltmarsch. Am 1. Mai gelang ihm im Schneesturm die Flucht, doch die Hunderte Menschen, die dem „Todesmarsch“ zum Opfer fallen, ließen ihn nicht los.

Zurück in Nürtingen

„Der Zauber meiner Jugenderinnerungen liegt zwischen diesen beiden Polen - Galgenberg und Neckartorbrücke“, schrieb Gross in einem Brief aus dem KZ. Aber zurück in Nürtingen stellten sich neue Probleme. „Warum schult man die Jugend nicht einmal erst zu Menschen?“, fragte er, als die KPD fraglos den sowjetischen Kommunismus übernahm. Er tritt aus der Partei aus, für die er unmenschliche Qualen durchlitten hatte. In Zeitungsartikeln und Vorträgen drängte er darauf, die richtigen Lehren aus der eigenen Verfolgung zu ziehen. Schon 1946 beklagte er auf der Nürtinger Gedenkfeier für die Opfer des Faschismus, dass „viele Deutsche sehr schnell vergessen“ hätten und „bei dem anderen Teil die Schuldkenntnis noch gar nicht durch den Panzer von nazistischen Vorurteilen, von politischer Arroganz und völkischer Überheblichkeit gedungen“ sei. „Nicht eher aber wird Deutschland seinen Platz in der Reihe der Völker wieder einnehmen können, bis es im Stande ist, selbständig die realen und geistigen Trümmer des Nationalsozialismus abzubauen. Nur durch den Aufbau einer echten demokratischen Gemeinschaft wird das Vermächtnis unserer toten politischen Gefangenen gewahrt werden!“

Mitwirken konnte Gross an diesem Aufbau nicht mehr. Am 29. November 1950 starb er bei einem Autounfall.



Werner Gross gelang
am 1. Mai 1945 die Flucht
vom „Todesmarsch“

Geradlinig, meinungsstark, hilfsbereit und vorurteilsfrei

Irmgard Maier wurde 1915 in Stuttgart geboren. Der Vater, Willi Bettinger, Kaufmann u.a. für die Franck'sche Verlagsbuchhandlung, Kommunist, wurde 1933 inhaftiert. Nach dem Krieg engagierte er sich im Kreis-Arbeitsausschuss Nürtingen, und auf Landesebene in der Flüchtlings-Verwaltung. Irmgards Mutter, Hedwig Trost, in der Frauen-Bewegung aktiv, trug als Modistin zum Lebensunterhalt bei. Nach Waldorfschule-Besuch und Praktikum bei einem Musikverlag machte Irmgard eine kaufmännische Lehre in einer Radio-Großhandlung.

Schon mit 16 Jahren war sie bei den Naturfreunden und im Kommunistischen Jugendverband aktiv. Sie hielt zusammen mit anderen Jugendlichen für das sogenannte Kabel-Attentat in Stuttgart Wache. Durch das Kappen des Übertragungs-Kabels wurde die Übertragung der Rede Adolf Hitlers aus der Stuttgarter Stadthalle am 15. Februar 1933 verhindert. 1936 wurde Irmgard verhaftet, vermutlich wegen ihrer Beteiligung an verbotenen Zusammenkünften und Flugblattaktionen. Das Urteil – nach langer Untersuchungshaft – lautete 1938 auf zweieinhalb Jahre Zuchthaus wegen „Verbrechen der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens“. Sie wurde in die Frauenstraf- und -verwahrungsanstalt Aichach in Einzelhaft eingewiesen.

Wieder in Freiheit lernte sie beim Skilaufen 1939 den Holz- und Steinbildhauer Eugen Maier kennen. Maier hatte Haft in den Konzentrationslagern Heuberg und Welzheim hinter

sich. Nach Heirat 1940 in Stuttgart und Geburt des Sohnes Hans Jörg 1941 zogen Maiers nach Nürtingen ans Senner-Brückle über die Steinach. Jahre der Not, der Sorge um ihren Mann, um den Lebensunterhalt für sich und ihren kleinen Sohn folgten. Maier war als „Wehrunwürdiger“ nach Kriegsbeginn 1939 als Revolverdreher in der Maschinenfabrik Heller beschäftigt und wurde dann zur Bewährung und Strafe an die Front geschickt. Wegen der Flucht ihres Mannes nach Verurteilung zum Tode legte man ihr die Scheidung nahe. Sie erhielt keine Lebensmittelmarken mehr, und man übergab sie bei der Vergabe von Kleiderstoff und anderem. Man verweigerte ihr sogar den Zugang zum Luftschutzbunker. Stundenweise arbeitete sie in einem Lebensmittelgeschäft beim Bahnhof, wenn eine Nachbarin, Paula Planck, das Kind betreute. Den Tag, als amerikanische Truppen in Nürtingen einzogen, den 22. April 1945, und den Tag der Kapitulation Deutschlands, den 8. Mai 1945, bezeichnete Irmgard Maier als den „glücklichsten Tag“ ihres Lebens.

Der Tag der Kapitulation Deutschlands war ihr glücklichster Tag

Nach Heimkehr ihres Mannes 1945 wurde 1946 die Tochter Rose geboren. Ab 1950 engagierte sich Irmgard Maier über ihren Job als Bezirkssekretärin hinaus im Nürtinger Büro des Deutschen Gewerkschaftsbunds. Ihr Arbeitstag dauerte – bei geringer Entlohnung und häufiger Vertretung des Geschäftsführers – von 8 bis 18 oder 19 Uhr. Ohne ihr Einkommen wäre der Künstler-Haushalt oft nicht zu finanzieren

Irmgard Maier geb. Bettinger 1915–1987

gewesen. Ihr Mann hatte sich inzwischen eine Werkstatt auf dem Gelände der späteren Ersbergschule eingerichtet. Ausgleich für den anstrengenden Alltag fand das Ehepaar beim Wandern auf der Alb, häufig um die Rohrauer Hütte. Die Freunde von früher, auch die Künstlerfreunde HAP Grieshaber und Fritz Ruoff, waren gerne und oft bei Irmgard Maier zu Gast.

Entschädigungszahlungen nach langem Kampf um Wiedergutmachung ermöglichten 1958 den Einzug in die umgebaute Werkstatt Ecke Neuffener/Carl-Benz-Straße. Ab 1969 im neuen Haus in Wolfschlugen, Friedrichstraße 25, erlebte Familie Maier noch einige gute Jahre, von der politischen Entwicklung eher enttäuscht. Nach dem Tod ihres Mannes 1976 zog Irmgard Maier 1980 ins Roßdorf. 1982 trat sie in die SPD ein. 1984 suchte sie die räumliche Nähe ihrer Tochter bei Freiburg. Nach Zusammenbruch starb sie 1987, 72 Jahre alt. Das Grab in Wolfschlugen mit einer Sandstein-Steile ihres Mannes, ein Lamm von gekreuzten Armen gehalten, pflegten Wolfschlüger Nachbarn.



Den Tag, als amerikanische Truppen
in Nürtingen einzogen, bezeichnete
Irmgard Maier als den „glücklichsten
Tag“ ihres Lebens

Künstler, Kommunist, im Widerstand im Dritten Reich, Nachkriegszeit-Gemeinderat in Nürtingen

„Maier war unser aller Vorbild. Für mich war er der einzige Held, dem ich in meinem Leben begegnet bin.“ (HAP Grieshaber, 1971)

Eugen Maier wurde am 21. März 1910 in Nürtingen als Sohn eines Strickmeisters geboren. Nach Besuch der Volksschule in Wolfschlugen und einer Ausbildung als Holzbildhauer führte ihn seine Lehr- und Wanderzeit durch Deutschland, Belgien und Luxemburg, auch nach Frankreich, und in die unterschiedlichsten Tätigkeiten. Auch bei Restaurierungsarbeiten an der Kathedrale von Reims arbeitete er mit. Nach einer Steinmetz-Lehre in Traben-Trarbach besuchte er 1930-1931 die Kunstgewerbeschule in Stuttgart bei Alfred Lörcher. Als mittelloser Student ging er die 18 km zu Fuß und schlief nicht selten im Schlosspark. 1929 wurde er Deutscher Jugendmeister im 400m-Lauf und württembergischer Meister. Auf dem Bücherbord standen unter anderem Goethe, Kraus, Barbusse, Rolland, Gorki, Nietzsche sowie Marx und Engels.

Er druckte Flugblätter gegen die Nazis

Als Kommunist gehörte Maier zu denen, die sofort nach der Machtübernahme Hitlers 1933 ins Konzentrationslager auf den Heuberg gebracht wurden.

Auch nach der Entlassung, mit Berufs- und Ausstellungsverbot belegt, druckte er nachts auf freiem Feld von Holzstöcken weiter Flugblätter gegen die Nazis. Jahre der Haft, der Gelegenheitsarbeiten und der Arbeitslosigkeit folgten. 1940 heiratete er Irmgard Bettinger,

auch sie eine politisch Verfolgte; 1941 wurde ihr Sohn Hans Jörg geboren.

Flucht zu griechischen Partisanen

Zu Beginn des Krieges als „wehrunwürdig“ erklärt, schickte man ihn 1942 als „wehrwürdig“ an die Front. Selbst im berüchtigten Bewährungsbataillon 999 in Russland, später in Griechenland, kämpfte er weiter gegen den Faschismus. Eine französische Ausgabe des „Werther“, die er als Tagebuch und für Zeichnungen nutzte, half ihm gegen Verzweiflung. Der Verurteilung zu standrechtlichem Erschießen 1944 entkam er durch Flucht zu den griechischen Partisanen. Auf eigene Faust schlug er sich in den Nachkriegswirren über den Balkan nach Hause durch.

Nach der „Stunde Null“ begann Eugen Maier mit über 35 Jahren mit dem Aufbau einer eigenen Existenz als Bildhauer in Nürtingen. 1946 wurde seine Tochter Rose geboren. Als Gemeinderat wirkte er bei der Neugestaltung seiner Heimatstadt mit. Auf vielen öffentlichen Plätzen stehen seine Denkmäler und Skulpturen. Vor allem seine Eule als Symbol der Weisheit mit dem Satz des Pythagoras vor dem Max-Planck-Gymnasium erinnert an ihn und das Sprichwort „Eulen nach Athen tragen“. Archaisch einfach und mehrdeutig auch seine Flötenspieler-Skulptur vor der Stadthalle, heute auf dem Waldfriedhof.

Die jahrelange Bemühung um Wiedergutmachung erlebte er als zermürend. Als Mitglied der Vereinigung der Verfolgten des

Eugen Maier 1910–1976



Nazi-Regimes wurde Anfang der fünfziger Jahre seine Wohnung durchsucht. 1969 zog er zurück nach Wolfschlügen. Bis heute schätzt man ihn auch hier, den bescheidenen und integren „Mann mit der Baskenmütze“.

Eugen Maier starb am 16. Mai 1976.

Sein Sohn Hans Jörg Maier schrieb 1992: „Nicht umsonst waren des Bildhauers literarische Lieblinge die Aufrechten und Tapferen, wozu sich noch die Schelmen und Listigen gesellten wie Haseks „Schwejk“, de Costers „Thyl Ulenspiegel“ und natürlich Cervantes „Don Quijote“.

„Zeit seines Lebens sorgte er sich um das Wohl seiner Mitbürger, kämpfte –vor allem – um eine solidarische Gesellschaft.“ (Nürtinger Zeitung 1988)

Der Verurteilung zu stand-
rechtlichem Erschießen 1944
entkam er durch Flucht zu den
griechischen Partisanen

Er musste 1933 von der Prüfungsvorbereitung weg ins Konzentrationslager Heuberg, weil er Kommunist war

1907 in Stuttgart geboren, kam Ernst Planck nach dem frühen Tod seines Vaters 1913 nach Nürtingen. Mit der Oberamtsstadt Nürtingen waren die väterlichen Vorfahren seit über 200 Jahren verbunden: Ernst Planck ist der Ur-Ur-Urenkel des ab 1750 amtierenden Stadtschreibers Georg Jakob Planck und damit Teil einer Familie, die viele Beamte und Wissenschaftler hervorgebracht hat.

Früh übertrug sich die politische Leidenschaft seiner Mutter Paula (erste Nürtinger Gemeinderätin) auf ihn. Zunächst Mitglied im Republikanischen Jugendbund, drängte es ihn bald nach links, von wo ihm der einzig beachtliche Widerstand gegen „die Rechte“ zu kommen schien. Er wurde Mitglied der KPD.

Nach dem ersten juristischen Staatsexamen war er ab 1930 Referendar beim Amtsgericht Nürtingen. Dort sah man die politischen Aktivitäten des recht begabten Referendars äußerst kritisch. Trotz missbilligter Teilnahme an kommunistischen Veranstaltungen sollte er vom Justizministerium aus die Möglichkeit zum Abschluss seiner Ausbildung erhalten. Es kam anders. Am 30. Januar 1933 wurde Hitler Reichskanzler, am 28. Februar brannte der Reichstag. Am selben Tag erließ der Reichspräsident die „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat ... zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte“, welche die Grundrechte außer Kraft setzte. Ernst Planck wurde am 20. März 1933 in das neu eingerichtete Konzentrationslager Heuberg verbracht.

Am 7. November 1933 wurde er entlassen. Ohne Berufsabschluss, die Schreibmaschine beschlagnahmt, kam er ab Juni 1934 als eine Art Hilfsarbeiter in einem Stuttgarter Anwaltsbüro unter - mit einem Lohn, der nur wenig über die Kosten der Bahnfahrkarte nach Stuttgart hinausging. Er nahm wieder Kontakt zu der befreundeten Familie Knauß auf, die nach Frankreich emigriert war, und reiste, trotz schwieriger werdender Grenzübertritte, zu Besuchen nach Frankreich. Dies hatte Postüberwachung zur Folge.

Erst verfolgt und überwacht, später Richter

Ende 1942 wurde Ernst Planck zum Militärdienst einberufen und kehrte im Sommer 1945 zurück. Nun konnte er als Amtsanwalt arbeiten und holte im Frühjahr 1946 das zweite Staatsexamen nach. Zunächst als Staatsanwalt eingesetzt, wurde er alsbald für die Entnazifizierung als Spruchkammervorsitzender dienstverpflichtet. Zahlreiche Urteile mit Begründungen von ihm sind archiviert. Sein Ziel war, den Ereignissen gerecht zu werden, nicht zuzulassen, dass an den Schaltstellen sitzende Nationalsozialisten und Amtsträger oder gut mit dem Regime kooperierende und profitierende Unternehmer ihre Verantwortung unehrlich und feige auf andere abschieben.

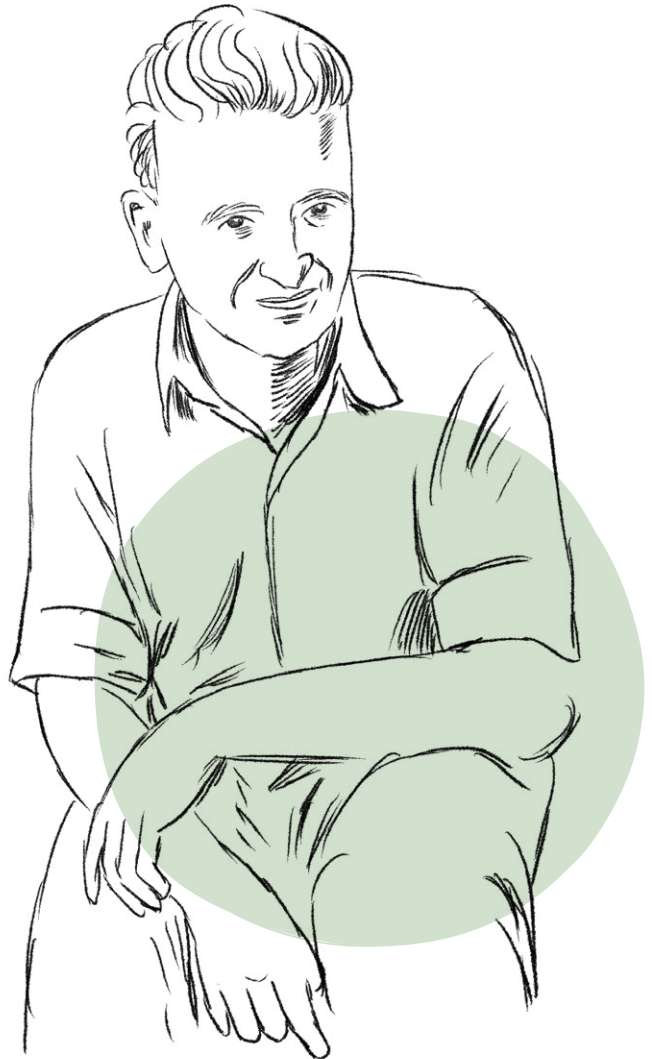
Das gelang nur teilweise, denn die politischen Ziele änderten sich: Die Wirtschaft sollte wieder zum Laufen kommen, dafür brauchte man möglichst rasch die alten Profis, die jedoch überwiegend durch NS-Mitarbeit belastet waren. Für Ernst Planck war es schwer

Ernst Planck

1907–2004

erträglich, dass dadurch immer mehr Beschuldigte am Ende kaum belangt wurden, während andere, die sich weit weniger hatten zuschulden kommen lassen, entsprechend ihrer Verteilung im Arbeitslager bleiben mussten.

Ab 1948 arbeitete Ernst Planck als Richter beim Landgericht, später beim Oberlandesgericht Stuttgart. Im Ruhestand blieb er weiterhin in vielfältiger Weise geistig rege, noch im hohen Alter eignete er sich PC-Kenntnisse an. Mit fast 97 Jahren starb Ernst Planck 2004 in Nürtingen.



Ernst Planck wurde nach dem Krieg für die Entnazifizierung als Spruchkammervorsitzender dienstverpflichtet

Pazifistin, Sozialistin, erste Frau im Nürtinger Gemeinderat

Paula Planck wurde 1879 in Stuttgart geboren. Nach Schulzeit und Berufstätigkeit heiratete sie 1906 den Bezirksnotar Hermann Planck. 1907 kam Sohn Ernst, 1909 Sohn Otto zur Welt. Bereits 1913 verstarb ihr Ehemann und Paula Planck zog mit den Kindern nach Nürtingen.

Ihr verstorbener Mann war Pazifist und stand dem Sozialismus nahe. Diese Haltung entsprach auch Paula Plancks Wesen und prägte das Gedankengut der alleinerziehenden Mutter. Durch Leiden und Tod ihres Mannes tief betroffen, erlebte sie die Nöte des ersten Weltkriegs. Sie schrieb: „Der Ausspruch einer Mutter nach Ausbruch des Krieges hat mir damals das Herz zerrissen: 'Es musste einen Krieg geben, es hatte zu viel Menschen, was wollte man denn seine Söhne werden lassen...'“.

Paula Planck übernahm den Vorsitz der Nürtinger Gruppe der Deutschen Friedensgesellschaft. Sie trat in die SPD ein. Von 1919 bis 1925 war sie die erste Frau im Nürtinger Gemeinderat. Ihr besonderes Engagement galt der Armenfürsorge und dem Schulwesen. Sie schrieb für verschiedene Zeitungen, auch für das Nürtinger Tagblatt. 1928 war sie Gründungsmitglied des Nürtinger Hausfrauenvereins.

Wenn es etwas durchzukämpfen gab, stand sie hin

Sie war unvoreingenommen, konnte aber höchst angriffslustig und sarkastisch werden, wo sie Ungerechtigkeit, Scheinheiligkeit und

Egoismus am Werk sah. Bedingungslos stellte sie sich auf die Seite der Benachteiligten - fast immer kämpfte sie für andere. Als „sozialste Frau, die ich kenne“ beschrieb sie eine Nürtingerin, um die sie sich in Krankheit und Not während des Zweiten Weltkriegs gekümmert hatte.

Schwere Zeiten brachen mit Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft für sie an. Ihr Sohn Otto hatte sich im November 1932 das Leben genommen. Im März 1933 kam ihr Sohn Ernst, Mitglied der KPD, „in Schutzhaft“ ins Konzentrationslager Heuberg. Wenig später wurde Paula Planck ebenfalls abgeholt und am 11. April in das Frauenkonzentrationslager Gotteszell bei Schwäbisch Gmünd gebracht.

Von dort schrieb sie an ihren Sohn: „Lieber Ernst! Nun bin auch ich geholt worden u. hier in Gotteszell. Du sollst Dich aber nicht aufregen deshalb – solange Du nicht zu Hause bist wird es ja leichter für mich zu ertragen, dass auch ich fern sein muß. Es geht mir hier erträglich. Auch ich bin nicht in Einzelhaft, dadurch geht die Zeit eher vorbei. ...“

Warum wurde Paula Planck eingesperrt? Weil sie Sozialistin war? Sie war aber bereits 1929 aus der SPD ausgetreten. Oder weil sie für Frieden und Verständigung eintrat und ihre für andere oft recht unbequeme Meinung mutig und unerschrocken verfocht? Weil ihr Sohn Ernst Kommunist war?

Am 10. Juni 1933 durfte sie wieder nach Nürtingen zurückkehren, stand aber unter

Paula Planck geb. Mohr 1879–1953

Beobachtung. Nun war sie vorsichtiger. Dennoch wäre sie aufgrund einer unbedachten Äußerung zu einer Mitmieterin 1939 fast wieder verhaftet worden. An ihren Sohn Ernst, der noch bis November 1933 inhaftiert blieb, schrieb sie: „Manche Leute sind ja anhänglich und freundlich, aber viele haben eine

Mordsangst und grüßen ganz scheu. Und denen will man alle Seelenqual ersparen.“

Nach Kriegsende 1945 half Paula Planck beim Wiederaufbau. Anfang 1946 wurde sie, 67-jährig, erneut in den Gemeinderat gewählt und in den Ortsausschuss für Flüchtlingsangelegenheiten berufen. Sie arbeitete im Fürsorgeausschuss und im Ortsschulrat mit und gab den Anstoß zum Aufbau einer Leihbücherei. Krankheitsbedingt beendete sie ihre Tätigkeit im Gemeinderat 1951.

Am 25.08.1953 starb Paula Planck mit 74 Jahren in Nürtingen.



„Nun bin auch ich
geholt worden.“

Berufsverbot für eine Leichenbesorgerin

Schon lange war es in Nürtingen üblich, dass Leichensägerinnen, später auch Leichenbesorgerinnen genannt, die Versorgung von weiblichen Verstorbenen und toten Kleinkindern übernahmen und auch deren Beerdigungen organisierten. Bis in die 1970er Jahre, als sich der Beruf der Bestatterin zu einer selbstständigen Dienstleistung entwickelte, waren die Leichenbesorgerinnen bei der Stadt angestellt.

Eine von denen, die im Auftrag der Nürtinger Stadtverwaltung diesen Dienst verrichtete, war Sofie Blind, geborene Stark (1900 – 1945), die Ehefrau des Tapezierers und selbstständigen Sattlermeisters Adolf Blind. Das Paar hatte im Jahr 1921 geheiratet und wohnte mit seinen beiden Kindern seit 1931 im Elternhaus in der Metzinger Straße.

Als Sofie Blind im November 1932 mit neun von zwanzig Gemeinderatsstimmen in dieses Amt gewählt wurde, ahnte sie nicht, dass sie diese Tätigkeit nur wenige Monate würde ausüben dürfen. Sie wusste zwar, dass sie nur als Stellvertreterin der bisherigen Leichenbesorgerin Luise Nestel, die „schon länger krank war“, eingestellt worden war. Mit einer so schnellen Entlassung schien sie aber nicht gerechnet zu haben: Gerade erst hatte sie sich für einhundert Reichsmark dem Berufsbild entsprechende Kleidung gekauft.

Gesetz zur Säuberung des Beamtentums

Schon kurz nach der Machtübernahme der NSDAP beantragten die Nürtinger Nationalsozialisten im Mai 1933 im Zuge ihrer Säuberungsmaßnahmen von politisch missliebigem Personal auf Gemeindeebene, Sofie Blind mit sofortiger Wirkung zu entlassen und diese Stelle neu zu besetzen. Das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums war am 7. April 1933 erlassen worden. Neben der Entlassung von Beamten konnten nun auch weibliche Beschäftigte durch stellenlose Männer ersetzt werden. Drei hiesige städtische Angestellte verloren vermutlich aufgrund dieses Gesetzes ihren Arbeitsplatz, eine von ihnen war Sofie Blind.

Offiziell warf man ihr die Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei vor – ein fadenscheiniger Grund, den Sofie Blind zu entkräften versuchte: Am 18. Mai 1933 bat sie in einem schriftlichen Gesuch um die Belassung in ihrem Amt. Sie erklärte, dass weder sie noch ihr Mann oder andere Verwandte „irgendeiner politischen Partei angehören oder angehört haben. Ich bin auch nicht marxistischer Gesinnung.“ Weiter führte sie ihre bisher angefallenen Ausgaben auf: Neben der Anschaffung neuer Kleidung „bin ich zur Versicherung in der allgemeinen Ortskrankenkasse verpflichtet worden, wodurch ich bisher Beiträge in Höhe von 40 RM (Anm.: Reichsmark) bezahlen

Sofie Blind

1900–1945



musste. Infolge meiner Entlassung würde mir großer Schaden entstehen.“

Entlassung mit sofortiger Wirkung

Der damalige Dekan Konrad Mack stellte ihr ein gutes Zeugnis aus: „Die Art und Weise, wie die seitherige Leichenbesorgerin ihren Dienst erfülle, entspricht allen Wünschen.“ Sie führe die schwere Aufgabe ihres Amtes mit liebevoller Sorgfalt gegenüber den Toten aus und habe sich mit gewisser Treue eingearbeitet. Ihm waren bis jetzt noch keine Klagen zu Ohren gekommen. - In der folgenden Aussprache im Stadtrat kam zum Ausdruck, dass Sofie Blind „eben doch marxistischer Gesinnung sei und sich Äußerungen erlaube, welche sich mit der richtigen Auffassung des Dienstes nicht

vereinbaren lassen.“ Das Gesuch, ihre Entlassung rückgängig zu machen, wurde abgelehnt. Am 10. Juni 1933 wurde Elsa Müller Sofie Blinds Nachfolgerin und auf unbestimmte Zeit in das Verhältnis eines planmäßigen Beamten zur Leichenbesorgerin bestellt.

Am 25. März 1945 wurde Sofie Blind, die inzwischen eine Tätigkeit bei der Nürtinger Post ausübte, während eines Fliegerangriffs getötet. Jagdflugzeuge, die den Bahnhof angeflogen hatten, schossen im Tiefflug mit Bordwaffen. Der Baustoffhändler Karl Schweizer, der auf seinem Lagerplatz am Güterbahnhof seine Hühner versorgt hatte, starb sofort. Sofie Blind, die gerade Briefe zum Zug brachte, erlitt so schwere Verletzungen, dass sie auf dem Weg in die Tübinger Universitätsklinik starb. Ein Junge wurde bei diesem Angriff verletzt.

Sofie Blind wurde auf Betreiben der Nürtinger NSDAP im Mai 1933 aus dem Amt entlassen, in das sie im November 1932 vom Gemeinderat gewählt worden war

Überlebte in Frankreich mit der Familie und kehrte 13 Jahre später nach Nürtingen zurück

Margarete Heunisch, geboren 1899, wuchs in Esslingen mit vier Geschwistern auf. Mit 14 Jahren arbeitete sie bei Daimler in Untertürkheim, später bei der Strickwarenfabrik Lorch in Nürtingen. Sie wurde als „tüchtige, gewandte & sehr fleißige Repassiererin“ gelobt – ein heute fast ausgestorbener Beruf, bei dem sie Laufmaschen in Textilien mittels einer speziellen Nadel reparierte.

Gretel engagierte sich im Textilarbeiterverband, sie besuchte politische Fortbildungen und war Mitbegründerin der Nürtinger Ortsgruppe der KPD. Eine Zeitlang zog sie nach Gera. Dort heiratete sie Ludwig Knauß. Beide kehrten zurück nach Oberensingen. 1923 kam Tochter Ingeborg zur Welt. Im selben Jahr wurde Gretels Mann, der seit 1922 für die KPD in den Nürtinger Gemeinderat gewählt worden war, zum ersten Mal für einige Wochen inhaftiert.

Flucht nach Frankreich

Nachdem Hitler im Januar 1933 Reichskanzler wurde und die NSDAP gestärkt aus den Reichstagswahlen hervorging, wurden KPD-Mitglieder systematisch verfolgt. Dies betraf in erster Linie Gretels Mann als KPD-Vorsitzenden und Gemeinderat. Um einer Verhaftung zu entgehen, versteckte er sich zunächst und floh dann nach Frankreich. Als die SA ihn nicht zu Hause antraf, nahm sie kurzerhand Gretel

zur Befragung mit. In den folgenden Wochen musste Gretel Knauß drei Hausdurchsuchungen erleiden, wurde verhaftet und kam in eine Einzelzelle ins Nürtinger Gefängnis. Über den Aufenthaltsort ihres Mannes schwieg sie.

Die Erntedankfeiern Anfang Oktober nutzte sie, um mit ihrer Tochter über Basel ebenfalls nach Frankreich zu fliehen. Nach einigen Monaten in Straßburg musste Familie Knauß weiterziehen nach Paris. Gretel arbeitete als Haushaltshilfe – oft über ihre Kräfte. Im Frühjahr 1938 verstärkte die französische Regierung die Kontrolle von Ausländern. Im Mai 1940 mussten Gretel und Inge Knauß in ein Pariser Sammellager und weiter in das Lager Gurs in den Pyrenäen. Da ihr Mann inzwischen im freiwilligen nicht militärischen Dienst arbeitete, durfte Gretel mit Inge nach einigen Wochen das Lager verlassen. Dank der Energie und Tatkraft der fließend französisch sprechenden Tochter Inge schafften sie es, sich bis Montauban am Tarn durchzuschlagen, wo sie Ludwig Knauß in einer Arbeitseinheit fanden. Sie trafen Bekannte aus der Pariser Zeit, man half sich gegenseitig. Mit den Cohn-Bendits fanden sie ein altes baufälliges Haus, in dem sie in einfachster Form überlebten. Durch die Unterstützung mutiger Nachbarn überstanden sie die Zeit der deutschen Besatzer und entgingen der Deportation in ein KZ.

Margarete Knauß geb. Heunisch 1899–1992



Keine Zusammenarbeit mit der Frau eines Kommunisten

Ein Jahr nach Kriegsende konnten Gretel und Ludwig Knauß endlich nach Nürtingen zurückkehren. Gretel Knauß nahm sofort ihre politische Arbeit wieder auf, und sie engagierte sich in sozialen Organisationen. Wegen ihrer politischen Haltung wurde sie oft ausgegrenzt, auch weil ihr Mann seit 1947 wieder für die KPD im Gemeinderat saß. Mit der „Frau eines Kommunisten“ lehnte das Bürgermeisteramt jede Zusammenarbeit ab.

Schlimm war die Durchsuchung der Knauß'schen Wohnung am 17.8.1956. Zwei Stunden nach dem vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochenen KPD-Verbot stand die Polizei vor dem Haus und durchwühlte 7 Stunden lang Wohnung, Dachgeschoss und Keller.

1960 durfte Gretel Knauß, die so oft ihr mühsam eingerichtetes Dach über dem Kopf hatte verlassen müssen, mit ihrer Familie ins eigene Haus in den Denkendorfer Weg ziehen. Dort starb sie 1992 mit 93 Jahren.

Mit der „Frau eines Kommunisten“
wollte das Bürgermeisteramt
auch nach dem Krieg nicht
zusammenarbeiten

Setzte sich uneigennützig für die Menschen ein und wurde wegen seiner kommunistischen Weltanschauung verfolgt

Ludwig Knauß, am 24. April 1893 in Wollmatingen geboren, wuchs nach dem frühen Tod seiner Mutter bei einer Tante in Schlaitdorf auf. Nach einer Schreinerlehre in Urach ging er auf Wanderschaft und organisierte sich in der Schweiz im Holzarbeiterverband. 1911 fand er Arbeit in Nürtingen, schloss sich der freien Turnerschaft an und trat in die SPD ein.

Aus dem Ersten Weltkrieg, in dem er bei der Infanterie diente, zog er seine Lehren. Nach Nürtingen zurückgekehrt, trat er 1920 aus der SPD aus und wurde Spartakist. Mit Gleichgesinnten gründete er eine Ortsgruppe der Kommunistischen Partei. Er organisierte politische Versammlungen und trat als Redner auf; wegen seiner gewerkschaftlichen Aktivitäten wurde er von seinen Arbeitgebern oft entlassen. 1922 heiratete er Margarete Heunisch aus Oberensingen, 1923 kam die Tochter Ingeborg zur Welt.

Ludwig Knauß wurde 1922 für die KPD in den Nürtinger Gemeinderat gewählt. 1924 kam er vier Wochen in „Schutzhaft“ nach Stuttgart, 1925 wurde er weitere fünf Monate inhaftiert. Ab 1928 arbeitete er beim Konsumverein in Oberensingen.

Nachdem Hitler am 30.1.1933 zum Reichskanzler ernannt worden war und vier Wochen später der Reichstag brannte, wurden reichsweit viele politische Gegner verhaftet und alle

kommunistischen Versammlungen und Druckschriften verboten. Trotzdem betrieb Knauß Wahlwerbung für die KPD, die bei der Reichstagswahl am 5. März in Nürtingen 21,4 % der Stimmen erhielt.

Flucht und Emigration

Nach der Gemeinderatssitzung am 10. März 1933 tauchte Ludwig Knauß mit seinem kommunistischen Gemeinderatskollegen Rudolf Schulmeister unter. Tatsächlich begannen in dieser Nacht auch in Nürtingen die Massenverhaftungen. Da die Lage aussichtslos war, verließen beide im April Nürtingen und flohen nach Frankreich. Im Oktober gelang auch Ludwigs Frau mit der Tochter die Flucht nach Basel und weiter nach Straßburg. Dort war die Familie wieder vereint. 1934 mussten sie nach Paris weiterziehen. Ihr Aufenthalt wurde nur monatlich genehmigt. Durch den Betrieb einer Schreinerwerkstatt und als Haushaltshilfe konnten sie überleben.

Mit 47 Jahren wurde Ludwig Knauß 1940 als ausländischer Arbeitssoldat zum französischen Militär eingezogen. Seine Frau und seine Tochter wurden mit anderen Emigrantinnen im Lager Gurs in den Pyrenäen interniert. Da Ludwig Soldat war, erhielten sie den Befreiungsschein – kurz bevor die Insassen in die KZ deportiert wurden. Über Irrwege erreichten sie Montauban, wo Ludwig stationiert war. Inzwischen war die Gestapo in Frankreich präsent,

Ludwig Knauß

1893–1988

Ludwig entging ihr nur durch solidarische Unterstützung der örtlichen Bevölkerung, unter anderem mit falschen Papieren als „Louis Thoma“.



Rückkehr und aktiver Einsatz für das Gemeinwesen

Im Juni 1946 nach Oberensingen zurückgekehrt, fand Ludwig Knauß erschütterte und deprimierte Menschen vor. Ihnen wollte er helfen. Er übernahm wieder den Vorsitz der Nürtinger KPD, nach deren Verbot der DKP. Er engagierte sich bei der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes und bei den Naturfreunden. 1948 wurde er in den Gemeinderat gewählt, letztmals 1968. Als glänzender Redner ließ er sich im bürgerlichen Nürtinger Rat nie seine kritische Überzeugung verbieten. Durch seinen großen Einsatz und seine sachorientierte Arbeit erwarb er sich auch bei politischen Gegnern Achtung und Anerkennung. Lange wirkte er im Kreistag. Er übernahm viele ehrenamtliche Tätigkeiten.

Ein Anliegen war ihm der Bürgerausschuss in Oberensingen, den er 1960 mitgründete. 25 Jahre lang war er Vorsitzender bei der Arbeiterwohlfahrt, das 1973 im Roßdorf neu gebaute AWO-Haus erhielt den Namen Ludwig-Knauß-Heim.

Am 16. Februar 1988 starb Ludwig Knauß in Oberensingen.

Ludwig Knauß emigrierte nach Frankreich und konnte sich während der deutschen Besatzung mit Hilfe der Landbevölkerung den Gestapo-Verfolgungen entziehen

SPD-Mitglied und Gewerkschafter „der ersten Stunde“

Otto Schober, geboren 1900, stammte aus der protestantischen Familie der „Bote-Schober“ in Wolfschlugen. Sein Großvater war im Ort der erste Post-Spediteur der Königlich-Württembergischen Post. Nach seiner Lehre als Mechaniker bei Firma Heller in Nürtingen arbeitete Otto Schober bei der Daimler Motorenengesellschaft in Untertürkheim im Flugzeugmotorenbau.

Schon Mitte der 20er Jahre engagierte sich Otto Schober in der Gewerkschaft. Er war Mitglied in der SPD, bei der Arbeiterwohlfahrt und den Naturfreunden. Er wurde in den Gemeinderat gewählt und in den Vorstand des Arbeiter-, Turn- und Sportvereins. Sein Vater habe sich als freier Mensch gesehen, berichtet sein jüngster Sohn, bei Kriegsende fünf Jahre alt. Nach Hitlers Ernennung zum Reichskanzler war es mit der Freiheit aus. In den frühen Morgenstunden des 2. April 1933 wurde das Haus Otto Schobers von Polizei umstellt. Otto Schober wurde in „Schutzhaft“ genommen im KZ Heuberg, zusammen mit anderen politisch Unbequemen aus Wolfschlugen, Wilhelm Drees, Richard und Wilhelm Stoll, Ernst Hoss, Richard Wohlfahrt und Bildhauer Eugen Maier.

„Er sah sich als freier Mensch“

Im KZ Heuberg gab es kaum Verbindung der Gefangenen nach Hause. Schreiben war eingeschränkt, Besuch nicht erlaubt, Schikanengang und gäbe. Zum Essen gab es Malzkaffee

und „ein halbes Rädle Brot“, kaum ausreichend zum Überleben. Drei Eimer dienten für drei-ßig Mann im Raum als Toilette. Die Häftlinge kamen verwahrlost und ausgemergelt aus dem KZ zurück. Anders las sich das in der offiziellen Presse. Zum Glück fanden die Angehörigen Rückhalt bei ehemaligen Sportkameraden und Treffen im „Rössle“ von Familie Schäfer in Wolfschlugen.

Aus dem KZ entlassen, musste Otto Schober ohne Schuhe bei der Begradigung der Aich mitarbeiten. Das Volkslied des Oberensinger Pfarrersohns Friedrich Glück „In einem kühlen Grunde...“ bekam nun für ihn eine völlig andere Bedeutung. Jede Woche hatte er sich in Stuttgart zu melden. Zuletzt wurde er bis Kriegsende einer Munitions-Fabrik in Uchingen zur Arbeit zugewiesen. Seine Frau überlebte mit ihren drei Kindern nur durch Mithilfe bei ihrer Mutter Marie Arnold in der Landwirtschaft.

Nach Kriegsende wurde er Bürgermeister

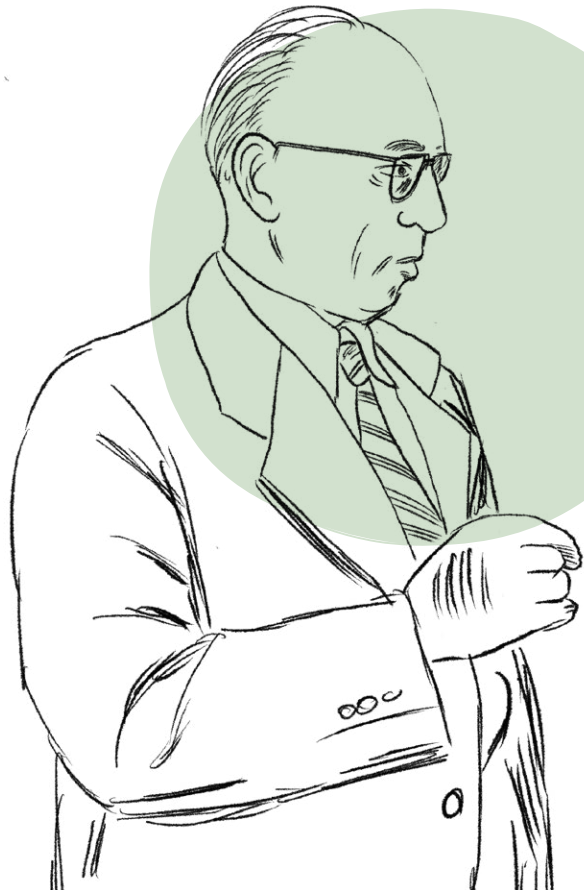
Nach Kriegsende 1945 wurde Otto Schober von der amerikanischen Verwaltung in Nürtingen als kommissarischer Bürgermeister in Wolfschlugen eingesetzt. Eine seiner ersten Amtshandlungen war eine Weihnachtsfeier im Gasthof „Löwen“ für die Flüchtlinge und Heimatvertriebenen. Ihre Unterbringung durch Zuweisung von Wohnraum brachte ihm nicht nur Freunde ein. Dennoch wurde er 1946 demokratisch wiedergewählt.

Otto Schober

1900–1983

Bis zur Währungsreform 1948 ging es um existentielle Fragen wie Lebensmittel- und Wasserversorgung, Wiederaufbau der von den Nazis zerschlagenen Orts- und Gemeinschaftsstrukturen, ein Dach über den Kopf, Lehrer für die Schule. Wichtige Anliegen Schobers waren die Straßenbahn-Anbindung an Esslingen und die Schaffung von Arbeitsplätzen durch Ansiedlung von Firmen wie Festo. Bei der Wiederwahl setzte er sich damit in der Bauern- und Handwerker-Gemeinde allerdings nicht durch.

Ab 1947 im Vorstand des Turn- und Sportvereins, unterstützte er 1952 ein Jugendsportheim in Eigenleistung. Als Gewerkschafter „der ersten Stunde“ engagierte er sich mit Lothar Zimmermann und Willi Bleicher beim Wiederaufbau der Gewerkschaftsarbeit und der Firmen, die von Kriegs- auf Zivilgüterproduktion umgestellt werden mussten, sowie für die Unterstützung der Familien der im Krieg Gefallenen.



Bis 1964 war er Bevollmächtigter im IG-Metall-Kreisverband Esslingen. Für die SPD war er 25 Jahre im Kreistag Nürtingen aktiv. Einen Antrag auf Wiedergutmachung gab er nicht ab. Erst bei der Trauerfeier 1983 erfuhr seine Familie, wie sehr sein politisches und soziales Engagement von zahlreichen Organisationen und Vereinen geschätzt war.

„Er sah sich
als freier Mensch.“

Anatoli Grischtschuk
Genowefa Beck

...

Misshandelt durch Zwangsarbeit



In Nürtingen gab es nach derzeitigem Kenntnisstand siebzehn Zwangsarbeitslager bzw. Zwangsarbeiterunterkünfte. Die dort untergebrachten Männer und Frauen wurden als Arbeitssklaven überwiegend dazu benutzt, die Industrieproduktion während des Kriegs aufrecht zu erhalten. Andere wurden in städtischen Betrieben, bei der Reichsbahn und in der Landwirtschaft eingesetzt.

Viele der Sklavenarbeiter waren aus Polen, Russland und der Ukraine verschleppt worden. Diese „Ostarbeiter“ wurden sehr schlecht versorgt und behandelt und beim geringsten Anlass brutal zusammengeschlagen, wie Beispiele aus dem größten Zwangsarbeiterlager, dem „Mühlpiesenlager“, zeigen.

Außer den „Ostarbeitern“ wurden in Nürtingen französische, belgische, italienische, bulgarische, griechische

und holländische Zwangsarbeiter sowie ein deutscher Sinto zu Sklavenarbeit gezwungen. Diese wurden – bis auf den deutschen Sinto – in aller Regel etwas besser behandelt, weil sie von den Nazis als nicht „artfremden Blutes“, als nicht „fremdvölkisch“ eingestuft wurden. Dennoch konnte es auch ihnen passieren, dass sie aus ganz geringfügigen Anlässen schwer bestraft wurden.

Die Diskussion um Entschädigungszahlungen für ehemalige Zwangsarbeiter durch den deutschen Staat zog sich beschämend lange hin, so dass erst ab 2001 den noch lebenden die ihnen zugebilligte Summe Geldes ausgezahlt werden konnte.

Abbildung oben:
Mühlpiesenlager. Foto aus der Nachkriegszeit, als das Lager weiter genutzt wurde, um Flüchtlinge unterzubringen

„Mit seinem weiteren Arbeitseinsatz ist nicht mehr zu rechnen.“

Anatoli Grischtschuk stammte aus der Ukraine. In Makajewska (Makijiwka) geboren, wurde er 1941 wie 18 Millionen Menschen als Zwangsarbeiter nach Deutschland verschleppt und im Nürtinger Mühlwiesenlager untergebracht. An dieser Stelle stehen heute die Realschulen. Anfangs wurde Anatoli Grischtschuk von der Firma Heller verwendet, ab dem 18. April 1944 leistete er als Schwerarbeiter im Lagerhaus der Württembergischen Warenzentrale landwirtschaftlicher Genossenschaften (WüWa) Zwangsarbeit. Hierbei hatte er nach Angaben seines dortigen Vorgesetzten Julius Walz „schwere Arbeit zu leisten“.

Im Jahr 1944 spielten in der Baracke 26 des „Mühlwiesenlagers“ in der Nacht auf Sonntag so genannte „Ostarbeiter“ Karten, vermutlich war auch mindestens ein Zwangsarbeiter aus einer anderen Baracke dabei. Dies war laut Lagerordnung wie auch das Kartenspielen verboten. Auch war ab einer bestimmten Uhrzeit das Licht zu löschen. Lagerführer Alfons Hirsch, Jahrgang 1904, gelangte bei seinem nächtlichen Kontrollgang nicht in die Baracke hinein. Er forderte die Insassen auf, die Türe zu öffnen. Daraufhin schoss er durch die Türe. Ein Mann sprang heraus und stieß den Leiter des Mühlwiesenlagers zur Seite. Alfons Hirsch setzte ihm nach und schoss ihm hinterher. Der Verdacht, ob begründet oder nicht, fiel auf Anatoli Grischtschuk.

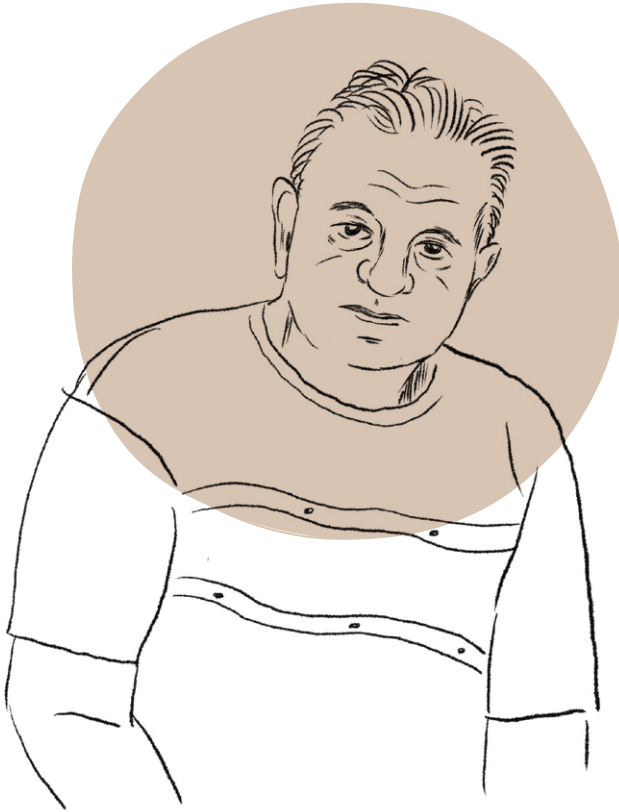
„Mein lieber Herr, helfen Sie mir bitte!“

Alfons Hirsch lieferte Anatoli Grischtschuk der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) aus, nachdem dieser verhört und zusammengeschlagen worden war. Julius Walz sah ihn noch aus einiger Entfernung, wie er „8 oder 10 Tage“, nachdem Kriminalkommissar Widmann am Montag nach dem Vorfall wegen einer Befragung zu Anatoli Grischtschuk zu ihm gekommen war, „in der Nähe des Bahnhofs ... unter Bewachung zur Bahn gebracht wurde“. Aus der Gestapo-Haft schrieb Anatoli Grischtschuk verzweifelt Briefe an seine Freunde. An Julius Walz gerichtet war der Zusatz: „Main lieber ger [= Herr] gelfffa [= helfen] bita Sie Mir“.

Julius Walz versuchte, Anatoli Grischtschuk frei zu bekommen. Er schrieb am 31. Oktober 1944 an die Staatspolizeileitstelle Stuttgart der Geheimen Staatspolizei betreffend „unseren Ostarbeiter Anatolij Grischtschuk“: „Wie wir erfahren haben, soll dieser Mann sich zur Zeit bei Ihnen in Haft befinden.“ In dem Schreiben bat Julius Walz, „den Mann für uns freizugeben ... nachdem unseres Erachtens nach die Verfehlungen von dem Ostarbeiter Grischtschuk nicht so schwerwiegend sind“. Der Mann habe „sich bei uns jederzeit fleissig und anständig betragen.“

Diese Bitte begründete Julius Walz genauestens mit der Schilderung der aktuell anfallenden Arbeiten und dem Umstand, dass

Anatoli Grischtschuk 1923–(mindestens) Ende der 90er Jahre



seine Anfragen an das Arbeitsamt „wegen Zuweisung von Leuten (...) leider resultatlos“ blieben. Er versicherte der Gestapo auch, dass sie „unter allen Umständen den Arbeiter schärfstens überwachen würden“. Dieser beeindruckende Vorstoß blieb erfolglos, denn Kriminal-Oberinspektor Gottfried Mauch von der Stuttgarter Gestapo schrieb Julius Walz

zurück, dass der „Ostarbeiter Grischtschuk“ (...) „von hier auf unbestimmte Zeit in ein Konzentrationslager eingewiesen“ wurde und mit „seinem weiteren Arbeitseinsatz nicht mehr zu rechnen“ sei. Aus dem „Arbeitserziehungslager Oberndorf-Aistaig“ kam sein letzter Brief nach Nürtingen.

Im KZ Dachau

Im Konzentrationslager Dachau erhielt Anatoli Grischtschuk die Lagernummer 140897. Ins KZ Dachau sei er am 10. Februar 1945 eingeliefert worden, einweisende Stelle sei die „Stapo Stuttgart“ gewesen.

Befreit

Anatoli Andrejewitsch Grischtschuk wurde am 29. oder 30. April 1945 von amerikanischen Truppen von einem Todesmarsch befreit. Die Amerikaner brachten ihn nach Prag ins Krankenhaus, dort verblieb er bis 1946 und arbeitete im Krankentransport. Wieder daheim wurde er 1946 ins Bergwerk, „in den Schacht“, verbracht. Am 14. Oktober 1997 ging in der KZ-Gedenkstätte Dachau eine Nachricht ein, die zeigt, dass er die Schreckenszeit überlebt hat.

Anatoli Grischtschuk wurde aus dem
Nürtinger Mühlwiesen-Lager an die
Gestapo übergeben

Als polnische Zwangsarbeiterin in Deutschland

Über das Leben von Genowefa Beck wissen wir recht gut Bescheid aus einem 2007 entstandenen Artikel der damaligen HöGy-Schülerin Larissa Vinçon, den diese nach vielstündigen Gesprächen mit Frau Beck im Vöhringer-Heim geschrieben und jetzt der Gedenkinitiative zur Verfügung gestellt hat. Aus diesem werden hier die wesentlichen Ausschnitte zitiert.

„Geboren ist Frau Beck als Genowefa Krankowska am 10. September 1922 in Janovice in Polen – als Jüngste von elf Kindern. Sie wuchs auf einem Bauernhof auf und musste schon früh mit ihren älteren Geschwistern auf dem Feld die Tiere hüten. Mit acht Jahren kam sie in die Volksschule, die sechs Jahre dauerte. Danach ging sie – was üblich war – mit knapp 15 Jahren als Kindermädchen in Stellung und hatte für vier kleine Kinder zu sorgen.

Am 1. September 1939 überfiel die deutsche Wehrmacht Polen. [...] Anfang des Jahres 1940 ging Genowefa eine Straße entlang, als deutsche Soldaten sie packten und wie ein Stück Vieh auf einen Pkw warfen. [...] Sie wurden in ein Lager nach Krakau geschleppt. [...]

Am 10. März 1940 wurde ein Transport nach Deutschland zusammengestellt. Nach sechs Tagen Fahrt, bei der es nur Kohlsuppe zu essen gab, wurde Frau Beck im Kreis Crailsheim einem Bauern als eine Art Magd zugeteilt. Frau Becks deutscher Wortschatz umfasste zu diesem Zeitpunkt zwei Worte: „Brot“ und „Zucker“. [...]

Während dieser Zeit wurden 1943 in Polen ihre Eltern verhaftet. Ihr „Vergehen“: Ihr Vater

hatte – mangels einer anderen Einnahmequelle – jährlich drei Fohlen an Juden verkauft. Die Eltern wurden nach Auschwitz gebracht und kurz darauf ermordet. Zur gleichen Zeit starb auch einer ihrer Brüder in einem Gefangenenlager in Hamburg. [...]

1944 passierte es, dass auf dem Markt in Brettheim ihr ‚P‘-Abzeichen (für Polen) an ihrer Kleidung verrutscht war. Der Ortsgruppenleiter der Nazi-Partei gab ihr eine so heftige Ohrfeige, dass sie auf einem Ohr ein halbes Jahr nichts mehr hörte. [...]

Anfang Mai 1945 waren dann die ersten Bomben zu hören und sie meinte, sie hätte von diesem Augenblick an gewusst, dass das Ende nah sei. Nach dem Kriegsende am 8. Mai blieb sie noch acht Tage beim Bauern, bis dieser enteignet wurde. Die Kriegsgefangenen wurden mit dem Roten Kreuz nach Hause zurückgebracht. Frau Beck hatte, wie alle anderen Zwangsarbeiter, die Wahl, entweder auszuwandern oder zunächst in verlassenen Kasernen untergebracht zu werden. Frau Beck entschied sich für eine Kaserne, wo die Gefangenen zunächst von der Restverpflegung der Wehrmacht ernährt wurden. Dadurch, dass diese Lager hoffnungslos überfüllt waren, schickte man Frau Beck von einem ins nächste. Insgesamt war sie in 19 Lagern.“

In einem dieser Lager lernte Frau Beck einen polnischen Mit-Insassen kennen, heiratete ihn und bekam zwei Kinder. Der Mann verließ sie während der zweiten Schwangerschaft. Ein Versuch, nach den USA auszuwandern, scheiterte kurz vor der geplanten Einschiffung in Bremen wegen einer Erkrankung.

Genowefa Beck

1922–2013

„Mit dem Handgepäck und ihren Kindern ging sie erst wieder nach Ludwigsburg zurück und zog dann in Nürtingen in die Baracken im Nürtinger Mühlwiesenlager, etwa da, wo heute die Realschulen stehen. Dort hatten sie einen Raum zum Leben. Später wurde ihnen noch ein zweiter zugeteilt. Frau Beck begann im Rathaus zu putzen, dann auch in Privathäusern und später arbeitete sie bei einem Gärtner. Nach langem Sparen war sie in der Lage, einen Propangas-Herd zu kaufen, so dass sie nicht mehr Holz sammeln musste.

Als ihr Großer eingeschult wurde und nur polnisch sprach, riet der Rektor Frau Beck, sie solle doch am besten dorthin gehen, wo sie herkomme. Dass sie das nicht so gut aufgefasst hat, ist verständlich. Sie meinte daraufhin, dass man sie jetzt wegschicke, aber zuvor sei sie gut genug gewesen, um für Deutschland zu arbeiten. [...]

Erst 1959 wurde ihnen eine Wohnung in der Braike zugeteilt. Ein Jahr später heiratete sie zum zweiten Mal. Nur weil ihr Mann, Herr Beck, Deutscher war, bekam sie die deutsche Staatsbürgerschaft – dabei hatte sie zu dieser Zeit schon 20 Jahre in Deutschland gelebt und gearbeitet.

Nachdem sie wegen ihres Rheumas bei Metabo nicht weiter Metallteile putzen konnte, wechselte sie in eine der vielen Strickereien, die es damals in Nürtingen noch gab. Dort bügelte sie in Akkordarbeit: „Im Sommer stand mir das Wasser in den Schuhen.“

Die folgenden Jahre waren von Krankheiten der beiden Eheleute überschattet. Ein einziges Mal unternahm Frau Beck eine Reise in ihre Heimat Polen und traf dort auf eine sehr dezimierte Familie.

„Der Übergang in die Rente bedeutete eine große Umstellung, denn sie und ihr Ehemann mussten erst einmal lernen, längere Zeit miteinander auszukommen. Außerdem war er pflegebedürftig, da er von seiner Gefangenschaft in Afrika Malaria hatte, die manchmal zum Ausbruch kam. Dazu stellte man nach einem Tumor bei ihm Knochenkrebs fest. Nachdem er sich bis 1985 fünf Mal das Bein gebrochen hatte, wurde es ihm unterhalb des Knies abgenommen.“

Nach dem Tod ihres Ehemanns hatte Frau Beck noch ein gutes Leben in der Braike. Oft war sie mit ihrem Auto unterwegs. Eine gute Freundin wohnte in ihrer Nähe. Sie verbrachten viel Zeit miteinander. 2004 übersiedelte Frau Beck ins Dr.-Vöhringer-Heim, wo sie bis 2013 ihre letzten Lebensjahre verbrachte.

Für ihre Zwangsarbeit ist sie nie entschädigt worden.

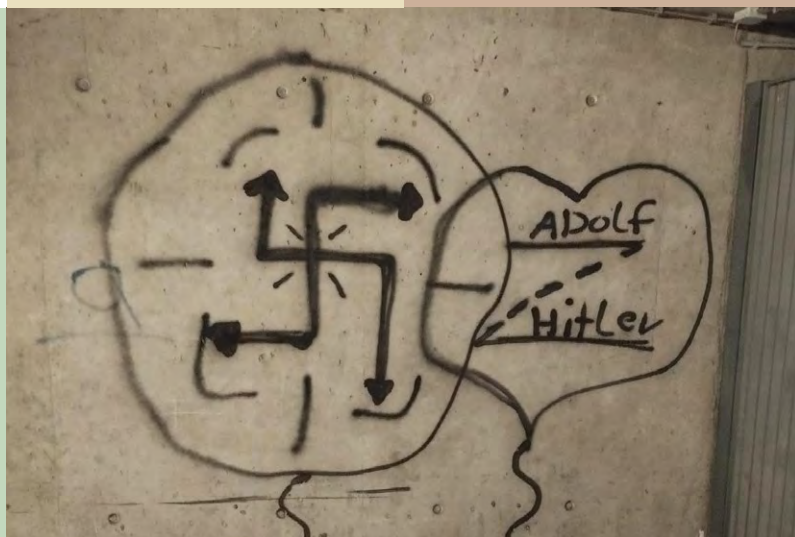


Genowefa Beck ist für ihre Zwangsarbeit
nie entschädigt worden

Und heute?



Gedanken und Einstellungen, die zu den Nazi-Verbrechen geführt haben, tauchen immer wieder auf – auch bei uns in Nürtingen.



Viele Menschen engagieren
sich für Demokratie, Toleranz
und Menschlichkeit.

Das gibt uns Hoffnung.



„Ihr seid nicht schuld an dem, was war.
Aber ihr seid verantwortlich dafür, dass
es nicht mehr geschieht.“

Max Mannheimer, 1920–2016
Überlebender des Konzentrationslagers
Auschwitz



